Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brunhenstr. 17 Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 78 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.— monatlich 6.00 Mk. ausschl. Bestellgeld. | Halle, Dienstag, den 5. April 1921 | Anzeigenpreis: Die neunspaltige Petitzeile kostet 60 Pf., die Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr | 5. Jahrgang.

Der große englische Bergarbeiterstreik.

London, 5. April. Die Berichte, die über den Kohlenstreik aus dem ganzen Lande einlaufen, besagen, daß die Eisenbahner bereit sind, sich den Bergarbeitern zur Herbeiführung eines Generalstreiks anzuschließen, und es scheinen wenig Zweifel zu bestehen, daß sich die Versammlung der Eisenbahnerdelegierten am Mittwoch für eine volle Unterstützung der Bergarbeiter erklären wird. Das Land steht daher vor der größten industriellen Erschütterung in seiner Geschichte, insbesondere wenn die Transportarbeiter, was höchstwahrscheinlich der Fall sein wird, ebenfalls gemeinsame Sache mit ihren Verbündeten im Arbeiterbeirbund machen. Die Neigung der Eisenbahner zum Streik ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie einen ähnlichen Schritt zur Herabsetzung ihrer Löhne voraussehen, wenn die Regierungskontrolle über die Bahnen aufhört, was im August der Fall sein wird. Die Eisenbahner sind daher der Ansicht, es sei besser, jetzt gemeinsam mit den Bergarbeitern zu streiken als später. Inzwischen verschlimmert sich die Kohlenlage dauernd. In einigen Bezirken, hauptsächlich in Schottland, unternehmen die Streikenden Einschüchterungsversuche der Arbeitswilligen und zwingen sie, die Arbeit einzustellen, mit dem Ergebnis, daß die Schächte voll Wasser laufen und daß ihre Zerstörung als unvermeidlich angesehen wird. In einem Schacht in Wales wütet ein großer Brand. „Westminster Gazette" meldet heute nachmittag, es bestehe jetzt ein Hoffnungsschimmer auf eine friedliche Regelung des Kohlenkonflikts. Man halte es für durchaus nicht unwahrscheinlich, daß ein Schritt in Richtung auf den Frieden gemacht werde, bevor am Mittwoch die verhängnisvolle Entscheidung des Arbeiterdreibundes fällt. Unter den Bergarbeitern soll der Eindruck herrschen, daß die Unternehmer bald bessere Bedingungen bieten werden.

Lloyd George ist gestern aus Chequers zurückgekehrt und führte in einer in Downingstreet abgehaltenen Kabinettssitzung den Vorsitz.

Elektrizitätswerke und Fall Sülts.

Sonnabend vormittag fand im Polizeipräsidium der Lokaltermin in der Angelegenheit der Erschießung Sülts statt. Es nahmen hieran unter andern teil die Mitglieder der Gewerkschaftskommission, ferner des Ortskartells des Afa-Bundes und die Mitglieder des Betriebsrates der Elektrizitätswerke. Die Feststellungen bestätigen das bisherige Ergebnis der Untersuchung in vollem Umfange und decken sich mit den darüber gemachten amtlichen Veröffentlichungen.

Am Montag vormittag fand daraufhin nochmals eine Versammlung der Funktionäre der Berliner Elektrizitätsarbeiter wegen des Todes Sülts statt. Es lagen verschiedene Anträge vor. Die Kommunisten wünschten am Tage der Beerdigung eine 24stündige Arbeitsruhe, während von anderer Seite lediglich eine Einstellung des Betriebes für die Dauer der Beerdigung, etwa von 12 bis 6 Uhr, gewünscht wird. Eine Entscheidung über diese Fragen dürfte am Nachmittag gefallen sein.

Die Leiche Sülts wird, wie die Korrespondenz WB. hört, im Laufe des heutigen Tages von der Staatsanwaltschaft freigegeben werden. Die Kommunisten beabsichtigen im Zentrum der Stadt den Trauerzug zusammenzustellen. Die Beisetzung Sülts dürfte am Dienstag oder Mittwoch auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde erfolgen.

Kein Schießen bei Fluchtversuchen in geschlossenen Räumen. Der Minister Severing hat dem Polizeipräsidenten Richter sofort nach der Erschießung Sülts die Anweisung erteilt, daß künftig bei Fluchtversuchen in geschlossenen Räumen, auf Treppenfluren usw. von der Schußwaffe kein Gebrauch mehr gemacht werden darf.

Nach dem Aufstand der Unverstand.

Die Reaktion lebt von den Kommunisten. Das ist der Grund dafür, daß der Kommunistenaufstand in den Blättern der Rechten immer wieder aufs neue „aufgelockert". Die übrige Welt ist der Ansicht, daß das, was jetzt noch in Mitteldeutschland Schinderhannes spielt, keine ernste Gefahr mehr darstellt. Der Aufstand ist zu Ende. Was nun?

Gegen die Strolche für die Opfer! Das ist unser Leitgedanke. Die Halunken, Räuber und Mordbrenner sollen ihre Strafe finden. Aber die Unschuldigen sollen nicht mit den Schuldigen leiden. Deswegen sind wir gegen jede Schnelljustiz. Wir haben noch genug unangenehme Erinnerungen an die Fixigkeit der Justiz im Ruhrgebiet nach dem Kapp-Putsch. Es ist ja nun allerhand gesagt worden über die Sondergerichte, die jetzt zur Unterstützung der ordentlichen Gerichte ins Leben gerufen werden. Allein wenn man sich ganz leidenschaftslos die Sache ansieht, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Einsetzung der Sondergerichte kein glücklicher Schritt war. Es sind zuviel dumme Dinge in der Rechtsprechung passiert. Die Arbeiterschaft ist voll von Mißtrauen und das mit gutem Grund. Man hat bei der Niederschlagung des Aufstandes die Reichswehr zurückgehalten. Es stand viel auf dem Spiel. Durch die Zurückhaltung der Reichswehr wurden der Schwierigkeiten nicht weniger. Trotzdem hat man sich für die schwierigere Methode der Bekämpfung des Aufstandes entschlossen. Heute ist die Gefahr vorüber. Warum kann man sich heute nicht für die schwierigere, aber richtigere Methode zur Aburteilung der Teilnehmer am Aufstand entschließen. Was Severing gelungen ist, muß auch der Justiz gelingen. Es muß auch jeder Schein vermieden werden, als ob nun eine Art von Justizkrazzia abgehalten würde. Wir brauchen keine Märtyrer. Die „Rote Fahne" erklärte, sie spucke auf eine Intervention der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten. Sollen wir etwa es zulassen, daß der „Rote Fahne" tagtäglich Stoff geliefert wird, tagtäglich Gelegenheit gegeben wird, über die Blutjustiz zu schreiben, um damit das Fiasko der kommunistischen Politik zu verschleiern. Die Sondergerichte sollen nicht den Gesundungsprozeß in der Arbeiterbewegung aufhalten.

Der Aufstand wird Not und Elend in viele Familien bringen. Frauen und Kinder müssen für den Aufstand mitbüßen. Vor den Toren der heimgesuchten Fabriken stehen Frauen und Kinder, die für ihre Angehörigen etwas tun wollen, die die Angst vor Hunger und Not zu Bitten und Demütigungen treibt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Organisationen, daß Parteien und Gewerkschaften hilfreich einspringen.

Fahrpreisermäßigung für Zwecke der Arbeitsvermittlung.

Ein dringendes Ersuchen des preußischen Landwirtschaftsministers.

Die Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen hat vor kurzem die Fahrpreisermäßigung für Zwecke der Arbeitsvermittlung und im besonderen auch die Fahrpreisermäßigung zur Beschaffung von Arbeitskräften für die Frühjahrsbestellung und die Erntearbeiten aufgehoben.

Dagegen macht der preußische Landwirtschaftsminister in einem Schreiben an das Reichsverkehrsministerium die schwersten Bedenken geltend. Er legt klar, daß die Ermäßigung mindestens noch für das Jahr 1921 gewährt werden muß. Es ist noch nicht gelungen, großstädtische Arbeiter in ausreichender Zahl auf dem Lande seßhaft zu machen, und man muß versuchen, sie in den Hauptarbeitszeiten, also im Frühjahr und während der Ernte, der Landwirtschaft zuzuführen. Die Gewährung einer Fahrpreisermäßigung, die zudem auch bei den Arbeitgebern einen Anreiz schafft, wird die Ueberführung großstädtischer Arbeiter auf das Land erleichtern.

Kommt die Fahrpreisermäßigung in Wegfall, so ist namentlich auch die Bergung der Hackfruchternte, für die in kurzer Zeit viele Arbeitskräfte auf das Land geholt werden müssen, in Frage gestellt. Den finanziellen Gründen der Eisenbahnverwaltung gegen die tarifliche Ausnahmebestimmung muß die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und die Sicherstellung der Volksernährung unter allen Umständen vorangestellt werden. Der preußische Landwirtschaftsminister ersucht deshalb die Fahrpreisermäßigung für Zwecke der Arbeitsvermittlung sowie auch für die Beschaffung von Arbeitskräften für die Frühjahrsbestellung und die Ernte wieder einzuführen.

Vom schlesischen Provinziallandtag.

Breslau, 5. April. (WTB.) Der Provinziallandtag der Provinz Niederschlesien wählte gestern nachmittag zu seinem Vorsitzenden den Landrat Seibold (Soz.) mit 53 gegen 52 Stimmen, die auf den Landrat a. D. v. Goslar (DN.) entfielen. Zwei Stimmen waren ungültig. Auf Antrag des Freiherrn v. Richthofen (DN.) wurde wegen Verletzung der Geschäftsordnung die Wahl angefochten und für ungültig erklärt. Eine bald darauf erneut vorgenommene Wahl ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden wieder 107 Stimmen; davon entfielen auf Landrat Seibold 54 und auf Landrat a. D. v. Goslar 53 Stimmen. Der Provinziallandtag Oberschlesiens wählte zu seinem Vorsitzenden durch Zuruf den Herzog von Ratibor. Der gemeinsame Provinziallandtag der Provinz Schlesien wählte zu seinem Vorsitzenden den Landrat a. D. v. Goslar mit 68 gegen 51 Stimmen, die auf Landrat Seibold entfielen.

Betriebsratswahlen im Ruhrrevier.

Bochum, 5. April. (L.-A.) Von den Betriebsratswahlen im Ruhrrevier liegen bisher die Ergebnisse von 66 Schächten vor. Von 690 gewählten Betriebsratsmitgliedern gehören 377 den freien Gewerkschaften, 108 dem Christlichen Gewerkverein, 23 der polnischen Berufsvereinigung, zwei dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, 135 der Freien Arbeiterunion, 31 den Syndikalisten und 14 den vereinigten kommunistischen Parteien an.

Die Weltpolitiker. Die Kommunistische Partei erläßt in der „Roten Fahne" an die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter einen Aufruf zur aktiven Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter. Die Transport- und Eisenbahnarbeiter werden aufgefordert, die Kohlentransporte nach dem gesamten Auslande zu verhindern.

Gewerkschaftsinternationale und Wiederaufbau.

Der Unterausschuß der Zweiten Internationale tagte Donnerstag abend und Freitag vormittag zur Redigierung einer Kundgebung der Amsterdamer Konferenz über die Reparationen. Es standen einander zwei Texte gegenüber, ein deutscher und ein belgischer, die sich im wesentlichen ähnelten. Die Einigung wurde reibungslos erzielt, wobei zumeist die deutsche Fassung angenommen wurde. Die Plenarsitzung genehmigte den Entwurf debattelos, darauf wurde die Konferenz geschlossen.

Inzwischen war von der Gewerkschaftsexekutive die Einladung an die Exekutiven

zu gemeinsamer Aussprache

auf Freitag 4 Uhr ergangen. Von der Zweiten wurde die Einladung selbstverständlich angenommen und ihre Exekutive erschien pünktlich, während Zweieinhalb zuerst gar nicht geantwortet hatte. Es erfolgte zunächst eine Aussprache zwischen der Zweiten Internationale und den Gewerkschaften in Erwartung von Zweieinhalb. Diese erschien sodann gegen 6 Uhr, darunter Ledebour, sie verlangte ausschließlich eine Aussprache mit der Gewerkschaftsexekutive, lehnte jedoch, entsprechend ihrem Wiener Beschluß, eine gemeinsame Tagung zu dritt ab. Dieser Antrag wurde von den Gewerkschaftlern glatt zurückgewiesen. Inzwischen war es 7 Uhr geworden. Nachdem drei Stunden verloren gegangen waren und die Bereitwilligkeit zur Zusammenfassung aller internationalen Kräfte zur Lösung des Problems genügend bewiesen war, verabschiedete sich das Exekutivkomitee der Zweiten Internationale namentlich die Engländer Henderson, Tom Shaw und Macdonald, die wegen des britischen Großstreiks rasch heimkehren mußten, machten aus ihrer Empörung über das engstirnige Verhalten der Ledebour und Genossen kein Hehl.

Bei der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und Zweieinhalb hatte der Vorsitzende der internationalen Gewerkschaftssekretäre ironisch festgestellt, daß er zugleich Schatzmeister der Exekutive der Zweiten Internationale sei und daß die Zweieinhalber offenbar darauf brannten, mit ihm in seiner ersten Eigenschaft zusammenzutreffen, ihn jedoch in seiner zweiten Eigenschaft boykottierten.

Die Amsterdamer Entschließung.

Die Entschließung der Zweiten Internationale hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz des Exekutivkomitees der Internationale und der parlamentarischen Fraktionen der beteiligten Länder ist infolge des Scheiterns der Londoner Verhandlungen und seiner Folgen zusammengetreten. Sie nimmt Kenntnis von der Erklärung der deutschen Vertreter, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten Reparationsforderungen zu übernehmen. Die Sozialisten der alliierten Länder erkennen an, daß diese

Reparationspflicht begrenzt

wird durch die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Sie darf nicht dahin führen, daß das Land vernichtet, sein wirtschaftlicher, politischer und moralischer Wiederaufbau unmöglich gemacht und seine Arbeiterklasse zu wirtschaftlicher Sklaverei verurteilt wird. Umfang, Art und Weise der Entschädigung müssen durch Vereinbarung der Beteiligten festgestellt werden. Zwangsmaßnahmen würden niemals zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Anstatt die Sache der Reparation zu fördern, verlängert die Ausführung militärischer Gewalt nur die Periode der Unsicherheit und ermöglicht es der Reaktion und dem Kapitalismus, neue Kräfte zu sammeln, den Haß unter den Völkern neu zu entfachen und Europa in neue Abenteuer zu verwickeln. Die Konferenz stellt fest, daß das Scheitern der Verhandlungen in London

das Werk der kapitalistischen Mächte ist,

die es ebensowenig vermögen, den Frieden zu sichern, wie sie es vermochten, den Krieg zu verhindern. Sie erklärt, daß im Gegensatz hierzu auf der von den internationalen Arbeiterkongressen festgelegten Grundlage eine praktische Lösung gesucht werden muß, die geeignet ist, wieder normale Zustände herbeizuführen und die materiellen und moralischen Folgen des Krieges zu beseitigen. Die Arbeiterklasse ist durch ihre nicht von kapitalistischen Interessen beeinflußten, nicht chauvinistischen, sondern internationalen Anschauungen dazu berufen, mit aller Kraft die Verhandlungen in fruchtbarere Bahnen zu lenken, insbesondere unter Anwendung des schiedsgerichtlichen Verfahrens bei Fragen, über die eine Uebereinstimmung sich nicht ermöglichen ließ. Die Konferenz beschließt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die Annahme ihrer Beschlüsse durch die Regierungen hinzuwirken.

Die Konferenz hat die konkreten Bedingungen einer gerechten Reparation einer Prüfung unterzogen und ist in bezug auf folgende Punkte zu voller Uebereinstimmung gelangt:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0001

I.

Es ist erforderlich, daß die zerstörten Gebiete so schnell wie möglich den vollen Anteil an der Entschädigung erhalten, ohne den ihr wirtschaftlicher, politischer und moralischer Wiederaufbau gefährdet würde. Um die erforderlichen Summen aufzubringen, müssen im Laufe der nächsten fünf Jahre eine oder mehrere große

internationale Anleihen

abgeschlossen und durch 30 Annuitäten verbürgt werden, die Deutschland sich zu zahlen verpflichtet. Es liegt im Interesse der alliierten Länder, daß diese große Kreditoperation durch die Mitarbeit aller Nationen ermöglicht und erleichtert wird. Die Konferenz begrüßt es, daß die französischen und die deutschen Bauarbeiter unter Leitung des Internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes in Genf das Zusammenarbeiten deutscher und französischer Arbeitskräfte am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete organisieren wollen, um dadurch im besonderen die private Bereicherung kapitalistischer Kreise der beteiligten Länder auf Kosten der notleidenden Völker auszuschalten. Die auf der Konferenz vertretenen Parteien verpflichten sich, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Schaffung großzügiger Wiederaufbaupläne im Wege stehen. Damit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sich mit der notwendigen Schnelligkeit vollzieht, muß ein

gemischtes System von Sach-, Arbeits- und Geldleistungen

angewendet werden. Die von Deutschland zu vollziehenden Leistungen sind auf Reparation anzurechnen. Die sachlichen Leistungen sind unter Mitwirkung der Gewerkschaft zu daraufhin zu prüfen, daß sie weder der Arbeiterschaft des liefernden, noch des nehmenden Landes zum Nachteil gereichen.

II.

Die Konferenz nimmt davon Kenntnis, daß die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich bereit ist, die deutschen Leistungen für die Reparation nach Maßgabe der steigenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands zu erhöhen. Die Konferenz spricht die Ansicht aus, daß Entschädigungen, die über das für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Erforderliche hinausgehen, so festgesetzt werden können, daß dadurch sowohl die Zahlungen an die alliierten Länder wie die Sicherheit des deutschen Wirtschaftslebens gewährleistet werden. Sie müssen dem jeweiligen Stande der deutschen Prosperität entsprechen. Zu diesem Zwecke sollte keine Anstrengung gescheut werden, um die normalen Produktions- und Austauschbedingungen im internationalen Verkehr wiederherzustellen. Die deutsche Regierung sollte sich dann bereit erklären, ein

festes Minimum an Jahresraten

zu bezahlen, das der Prosperität des Landes angepaßt wird. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie gewöhnliche Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und Einkommens berücksichtigen. Die Konferenz fordert die Organisationen der Arbeiterklasse und die parlamentarischen Fraktionen auf, zu prüfen, wie das verwirklicht werden kann.

III.

Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Streitfall, der zwischen den alliierten Regierungen und der deutschen Regierung entstanden ist in bezug auf

1. **den Wert der Vorleistungen, welche Deutschland gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages bereits abgeliefert hat, und**
2. **die Beträge, welche Deutschland für die gesamte Entschädigung zu bezahlen imstande ist.**

Sie gibt ihrer Meinung entschieden dahin Ausdruck, daß solche Streitfragen einer Sachverständigenkommission zur Entscheidung überwiesen werden sollten, welche der Völkerbund oder eine andere für beide Seiten annehmbare Instanz einsetzt. Sie fordert die Organe der Arbeiterklasse und die parlamentarischen Fraktionen der beteiligten Länder auf, ihre Regierungen davon zu überzeugen, daß Streitigkeiten über Tatfragen, sowie über rechtliche und vertragsmäßige Verpflichtungen einer ähnlichen Instanz zur Entscheidung überwiesen werden sollten, wie diejenige, welche angerufen wird, wenn Streitfragen zwischen einzelnen Personen entstehen. Es ist außerst wichtig, daß internationale Angelegenheiten wieder nicht nur im Geiste der Gerechtigkeit, sondern auch in einem der Gerechtigkeit entsprechenden Verfahren verhandelt werden.

Der Völkerbund,

in den Deutschland aufgenommen werden sollte, würde seine Aufgabe verfehlen und die Hoffnungen, die die Demokratie der Welt auf seine Entwicklung setzt, enttäuschen, falls er sich der Lösung des Finanzproblems nicht zuwendet, die die Voraussetzung des Friedens bildet. Dasselbe gilt für das Problem der Arbeit und der Sachleistungen, bei dessen Lösung das internationale Arbeitsamt eine bedeutende Rolle zu spielen berufen ist.

IV.

Aber das Proletariat beschränkt sich nicht darauf, die Verwirklichung eines dauernden Friedens von der wachsenden Tätigkeit des Völkerbundes zu erwarten. Das Proletariat selber ist dazu berufen, durch seine Klassenorganisationen die Lösung dieser Aufgabe in die Hand zu nehmen. Nachdem in der gegenwärtigen Zusammenkunft völlige Übereinstimmung über die erwähnten wichtigen Punkte erzielt worden ist, wird das Exekutivkomitee der Internationale seine Studien und Verhandlungen fortführen, bis es in allen Einzelheiten

eine Lösung im Geiste der Gerechtigkeit und internationalen Brüderlichkeit

erreicht hat, die imstande ist, die begeisterte Unterstützung aller Proletarier zu gewinnen.

V.

Die Konferenz nimmt ferner Kenntnis von der Erklärung der holländischen Delegation, welche das Interesse der neutralen Länder an einer schnellen, friedlichen und dauerhaften Reparation feststellt. Die holländische Regierung und das holländische Parlament haben zu diesem Zweck schon Kredite und Anleihen bewilligt. Sollten es die Umstände erfordern, in dieser Richtung noch weiterzugehen, so wird die holländische Partei gern die Initiative ergreifen, um den Parteien der anderen neutralen Länder Richtlinien für eine gemeinsame Aktion vorzuschlagen. Die Delegation weist darauf hin, daß die Intervention der neutralen Länder in dem Maße an Bedeutung gewinnen kann, wie die Beschränkung der Rüstungen energisch durchgeführt wird. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der parlamentarischen Fraktionen aller Länder auf diesen Punkt.

Wie Moskau zahlt und dirigiert.

Folgendes Schriftstück geht dem „Vorwärts" in Abschrift zu, für deren Richtigkeit er sich verbürgt:

Nr. 33. 21. 3. 1921.

An das Bureau des provisorischen Internationalen Rates Berlin.

Werte Genossen!

Wir sind im Besitze Ihrer beiden Protokolle, haben von dem Inhalt Kenntnis genommen und behalten uns vor, evtl. noch näher darauf einzugehen. Für heute jedoch folgendes:

In der „Roten Fahne" vom 20. Januar Nr. 47 lesen wir in dem Bericht über eine Betriebsrätekonferenz-Vorstände-Versammlung in Berlin, daß der Referent ausführte: „Bei Wahlen in Betrieben dürfen wir unter keinen Umständen auch nicht mit Syndikalisten und BO.-Leuten gemeinsame Listen aufstellen."

Sind wir im Bilde, wenn wir annehmen, daß es die gesetzlichen Betriebsräte sind, worüber Sie sprechen? Dann bitten wir Sie, uns zu gleicher Zeit aufklären zu wollen, warum die Aufstellung von Listen gemeinsam mit Syndikalisten und BO.-Leuten von der Gewerkschaftsbureaukratie als Strick für die Kommunisten benutzt werden? — Wir können uns von diesem für uns etwas komplizierten Zusammenhang kein rechtes Bild machen, um so weniger, weil etwas weiter von der Tätigkeit der Kommunisten in den Betrieben und in den Gewerkschaften zwecks Herstellung der „Einheitsfront" die Rede ist.

Zitieren wir nun auch noch den Satz aus demselben Bericht: „Die syndikalistischen und die Betriebsorganisationen sind zu liquidieren", dann haben wir einen Gedankenkomplex, in den wir uns ohne nähere Aufklärung nicht genau hineindenken können. Daß man schon jetzt so weit gehen muß, von Liquidierung der Betriebsorganisationen zu sprechen? Und in Erweiterung dieser Frage: Liegen die Dinge nach Ihrer Meinung so, daß es dem Interesse des Kampfes der Arbeiter entsprechen würde, wenn diese Liquidation sofort verwirklicht wäre? Muß das Zusammenschließen aller wirtschaftlich organisierten und revolutionären Elemente als eine vollkommen verworfene Sache betrachtet werden, Ihrer Auffassung nach? Und müssen wir schließen, daß Sie unter Einheitsfront nur noch die Einheitsfront mit den Mehrheitsorganisationen verstehen? Ist schließlich eine Einheitsfront nach der Richtung, die sich „links" zu stehen glaubt, eine aussichtslosere Sache als die Einheitsfront nach „rechts"?

Wir möchten gerne bald Ihre Antwort haben — denn, wie Sie wissen, sind Unionisten bei unserem Rat angeschlossen und ist die ganze Frage der Gewerkschaften für uns eine sehr delikate; dabei die deutschen Verhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß Ihre Antwort sich nicht auf die obigen Fragen zu beschränken braucht und ruhig außerhalb des Rahmens der Fragen gehen kann; wir haben die Fragen nur so gestellt, um die Richtung, worin wir gerne Aufklärung haben möchten, anzudeuten.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Der provisorische Internationale Rat der Gewerkschaften.
gez. (Unterschrift)
Leiter des General-Sekretariats.

(Stempel.)

Für die deutsche Sektion
gez. (Unterschrift).

P. S. Durch den Ueberbringer übersenden wir Ihnen Geldmittel und bitten Sie, uns wöchentlich über Ihre Ausgaben telegraphisch mitzuteilen, damit wir Ihnen die nötigen Mittel ohne Verzögerung leisten können.

Dieses Dokument bildet einen weiteren Beitrag zur inneren Geschichte der VKPD. und zur Vorgeschichte des neuesten Putsches. Es bestätigt unsere Auffassung, daß die frühere Parteileitung der Kommunisten sich zu einem gewissen Verantwortungsgefühl durchgerungen und eine Ueberleitung der Bewegung in ruhigere Bahnen vorsichtig vorzubereiten versucht hatte. Deshalb wurde sie abgesägt und durch eine Bande gewissenloser Abenteurer ersetzt, die bereit waren, zu tanzen, wie Moskau pfiff. Etwas anderes war auch nicht möglich wegen der finanziellen Abhängigkeit der VKPD. von Moskau, die in der Reichsfrist zu drastischen Ausdruck kommt. Moskau zahlt wöchentlich! Moskau zahlt; was verlangt wird! Aber dafür fordert Moskau auch die Unterordnung der VKPD. unter die putschistischen Elemente der „Arbeiterunion" und des Syndikalismus.

Der Märzputsch von 1921 ist mit russischem Geld und unter russischer Einwirkung gemacht worden. Das ist ja auch die einzige Erklärung für ihn, da jeder politisch unterrichtete Deutsche, gleichviel welcher Richtung, seine völlige Aussichtslosigkeit von vornherein erkennen mußte. Nutzlos und sinnlos haben die gegenwärtigen Führer der VKPD. das Leben ihrer Anhänger geopfert auf den Befehl ihrer ausländischen Geldgeber. Die sparen nicht mit Mitteln, wenn es gilt, fremde Häuser anzuzünden und im fremden Land Proletarierleichen zu häufen. Für die Hinterbliebenen ihrer Opfer zu sorgen, werden sie aber, wie bisher noch immer, großmütig — den deutschen Arbeitern überlassen!

Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 4. April. (Privattelegr.) An der gestrigen Besprechung von Vertretern der preußischen Regierungsparteien mit dem Reichspräsidenten **Ebert**, in der es sich um die Regierungsbildung in Preußen handelte, nahm vom Zentrum der Abgeordnete **Herold**, von den Demokraten **Dominicus**, von den Mehrheitssozialisten **Siering** teil. Dieser Besprechung folgte dann gestern nachmittag eine mehrstündige Konferenz der Koalitionsführer im Abgeordnetenhause. Sie brachte aber noch keine Entscheidung. Morgen und übermorgen sollen die Verhandlungen zwischen den Parteiführern fortgesetzt werden.

Das Attentat auf die Siegessäule.

Berlin, 4. April. Die jetzt abgeschlossene Untersuchung ergab, daß Max Hölz sowohl den Anschlag auf die Siegessäule als auch die Dynamitattentate auf Brücken, Eisenbahnen und öffentlichen Gebäude angestiftet und mit Sprengstofflieferung ermöglicht hat. Hölz hat sich unter falschem Namen tagelang in Berlin aufgehalten und bei Freunden oder in einer Laube gewohnt.

Unabhängige Schauspielpolitik.

Heinz Flüchtl.

Von den seit Wochen immer und immer wieder zu Aktionen aufpeitschten Kommunisten wurde am Montag, den 21. März, in Eisleben zum Generalstreik aufgerufen und als Motiv die Polizeiaktion des Oberpräsidenten **Hörsing** angegeben.

Dieser Aufruf Hörsings, der durch die Polizeiaktion das sich im Mansfeldischen Industriegebiet immer mehr breitmachende internationale Verbrechertum bekämpfen wollte, war den Kommunisten eine gute Gelegenheit, ihre den Mitgliedern seit Monaten eingepaukten Phrasen, durchzuführen. Ohne auch nur ein Atom Verantwortungsgefühl der Volksgemeinschaft gegenüber, ohne jegliche Rücksichtnahme auf

---

„König Kohle."

Roman von Upton Sinclair.

(3. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Und nun harrte Hals eine abenteuerliche Woche als Landstreicher, als richtiger Landstreicher, ohne die Zehndollarnote im Gürtel, die der Realität seines Erlebnisses Abbruch getan hätte. Er überprüfte seine irdischen Güter und fragte sich, ob er wohl noch wie ein „Herr" aussähe. Auch erinnerte er sich, daß sein Lächeln stets die Frauen angezogen; ob es aber auch in Verbindung mit einem blauen Auge diese Eigenschaft beibehalten hatte? Da ihm jede andere Verdienstmöglichkeit fehlte, probierte er dieses Lächeln bei mitleidherzig aussehenden Hausfrauen, und der Erfolg war ein derartiger, daß er in Versuchung kam, an der Weisheit ehrlicher Arbeit zu zweifeln. Er sang nicht mehr das Harrigan-Lied, sondern die Worte eines Vagabundenliedes, das er einmal gehört:

„Eh, weshalb an die Arbeit gehen, solang es Frauen gibt im Land?"

Am zweiten Tage wurde er mit zwei anderen Herren der Landstraße bekannt, die er am Bahndamm antraf, da sie eben über einem Feuer Schweinefleisch brieten. Sie hießen ihn willkommen und nahmen ihn, nachdem sie seine Geschichte vernommen, in ihre Gemeinschaft auf und belehrten ihn über das Leben der Straße. Bald machte er auch die Bekanntschaft eines Vagabunden, der früher Bergmann gewesen und ihm mitteilte, was er wissen mußte, ehe er sich einen neuen Canon hinaufwagte.

Dieses Individuum wurde „Holländer Mike" genannt, aus einem Grunde, den er nicht weiter erklärte. Er war ein schwarzäugiger, gefährlich aussehender Geselle, und wenn das Gespräch auf Bergwerke kam, so ließ er eine schier unglaubliche Flut von Schmähungen und Flüchen los. Er war fertig mit dieser Sache — Hal aber irgendein anderer gottverfluchter Narr konnten, falls sie es wollen, seine Stelle einnehmen. Bloß weil es auf der Welt so viele geborene, gottverfluchte Narren gab, konnte alles so weitergehen. Und dann erzählte „Holländer Mike" schreckliche Dinge aus dem Bergmannsleben, rief die Geister eines Schachtaufsehers nach dem anderen auf, um ihnen die ewige Verdammnis zu wünschen.

„Solange ich jung war," sagte er, „wollte ich arbeiten. Jetzt bin ich von diesem Wunsche gründlich geheilt." Die ganze Welt deuchte ihm bloß dazu geschaffen, um ihn zur Arbeit zu zwingen, und er spannte alle seine Kräfte an, auf daß er diese Verschwörung zunichte mache. An einem Lagerfeuer nahe dem Tal eilenden Fluß sitzend, verbrachte Hal manch heitere Stunde, indem er „Holländer Mike" bewies, daß er härter arbeite, um der Arbeit zu entkommen, als andere Leute, die eine Arbeit verrichten. Doch schien dies den Landstreicher nicht zu stören, sein Standpunkt war für ihn zur prinzipiellen Sache geworden, und er war völlig bereit, seinen Ansichten zuliebe Opfer zu bringen. Sogar ins Arbeitshaus gebracht, hatte er sich zu arbeiten geweigert; war dort in eine Art Verließ geworfen worden, wo er fast an einer Diät von Wasser und Brot starb: alles war ihm lieber als arbeiten. Handelten alle gleich ihm, meinte er, so würden die Dinge „bald in die Luft fliegen".

Hal gefiel dieser spontane Revolutionär, er wanderte einige Tage mit ihm umher und fragte ihn während dieser Zeit über das Leben der Bergleute aus. Die meisten Gesellschaften ließen durch Agenturen Arbeiter anwerben; dies hatte zur schlimmen Folge, daß diese ugenturen lange Zeit hindurch etwas vom Lohn abbekamen und mit den Aufsehern unter einer Decke steckten. Als Hal erstaunt fragte, ob dies nicht dem Gesetz zuwider laufe, antwortete sein Gefährte: „Lassen Sie den Unsinn. Wenn Sie erst eine Zeitlang in einem Kohlenbergwerk gearbeitet haben, werden Sie schon erfahren, daß dort das Wort des Aufsehers Gesetz ist." Dann verständete der Landstreicher seine Ansicht, daß das Gesetz stets wenig gelte, wenn ein Mann Arbeit gibt, um die sich viele reißen. Hal nahm dies als tiefsinnige Beobachtung hin und hätte es gerne dem Professor der Nationalökonomie in Harrigan mitgeteilt.

In der zweiten Nacht ihrer Bekanntschaft ward ihr „Schlafgenosse" von einem Schutzmann und sechs Gehilfen aufgeweckt — dann eben zu jener Zeit bemühte man sich sehr, die Vagabunden aus der Nachbarschaft zu vertreiben oder sie zur Arbeit in den Bergwerken zu nötigen. Hals Freund, der blond mit einem Auge schielte, entfloh in der Finsternis. Hal folgte ihm und entkam durch einen beim Fußball oft geübten Kniff. Sie hatten ihre Nahrungsmittel und Decken zurücklassen müssen, doch störte dieser Umstand „Holländer Mike" nicht sonderlich; er entschädigte sich dadurch, daß er von der Hühnerstange ein Huhn mitnahm, um die Nachtstunde zu versüßen; auch stahl er am nächsten Tage von einer Wäscheleine Unterkleider herab. Hal aß von dem Huhn, trug die Wäsche und begann derart seine Verbrecherlaufbahn.

Nachdem er von „Holländer Mike" geschieden, kehrte er nach Pedro zurück. Der Landstreicher hatte ihm gesagt, daß die Schankwirte fast immer Freunde in den Kohlengruben haben und ihm zu einem Verdienst verhelfen können. So begann denn Hal herumzutragen, und bereits der zweite sagte, er könne ihm einen Brief für einen Freund im Nordtal geben, und falls er Arbeit fände, würde ihm dieser Freund monatlich einen Dollar vom Lohn abziehen. Hal willigte ein, marschierte einen anderen Canon hinauf, durch ein Schinkenbrot gestärkt, das er in einer Farm am Taleingang erbettelt hatte. Er wies an einem anderen Gitertor der Allgemeinen Behelligungsgesellschaft seinen Brief vor, der an einen Mann namens O'Callahan adressiert war. Dieser betrieb, wie es sich herausstellte, ebenfalls eine Schenke.

Der Wächter öffnete nicht einmal den Brief und ließ Hal durch, der sich sofort auf die Suche nach seinem Mann begab. Dieser erklärte, er werde ihm helfen, doch wolle er monatlich außer dem Dollar für seinen Freund in Pedro noch einen weiter für sich selbst. Damit war Hal nicht einverstanden, sie handelten hin und her; schließlich, als Hal sich zum Gehen anschickte und drohte, er werde beim Oberaufseher eine Anzeige erstatten, begnügte sich der Wirt mit anderthalb Dollar.

„Verstehen Sie sich auf Grubenarbeit?" fragte er.

„Ich bin dabei aufgewachsen," erwiderte Hal, dessen Weisheit und Erfahrung zugenommen hatten.

„Wo haben Sie gearbeitet?"

Hal führte ein paar Bergwerke an, von denen er durch den Landstreicher einiges erfahren hatte. Er nannte sich Joe Smith und nahm an, daß dieser Name höchst wahrscheinlich auf der Arbeiterliste der meisten Bergwerke stehen dürfte. Ein wochenlanger Bart machte sein Gesicht unkenntlich, auch hatte er seine Sprache durch etliche saftige Flüche bereichert.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775192104 05-17/fragment/page=0002

Blutvergießen, wurde am Montag in Eisleben unter der Bevölkerung das Feuer zur Siedehitze geschürt. Alle möglichen und unmöglichen Gerüchte wurden wissentlich von den Kommunisten unter die Massen geschleudert, wie Aufhebung des Betriebsrätegesetzes, Einführung eines zwölfstündigen Arbeitstages usw.

Die so künstlich hervorgerufene Situation wurde vom hallischen rechtmäßig eingesetzten Gewerkschaftskartell und der S. P. D. richtig erkannt und die angegebenen Organisationen waren sich darüber klar, hier aufklärend eingreifen zu müssen. Vom Gewerkschaftskartell wurde am Montag eine Sitzung einberufen, zu der Vertreter der S. P. D. und U. S. P. D. geladen wurden. In dieser Sitzung gab der unabhängige Arbeitersekretär einen klaren Situationsbericht und forderte zur Herausgabe eines gemeinschaftlich verfaßten Aufrufs auf, um die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft vor diesem künstlich hervorgerufenen politischen Streik zu warnen, sowie eine Kommission zu wählen, die mit dem Oberpräsidenten Hörsing in Verbindung treten sollte um die Koalitionsrechte der Arbeiter auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu sichern und Aufklärung über die bereits vor sich gegangene Verteilung der Polizei zu bekommen.

Die endlos lange Aussprache, die von den Unabhängigen von einem Geleise auf das andere geschoben wurde, zeitigte letzten Endes das Resultat, aus je zwei Vertretern der drei Organisationen eine Kommission zu wählen, die dann mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten sollte. Die Arbeit der Kommission ergab nach reiflichem Ueberlegen die Verfassung des folgenden Aufrufs:

An die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands!

Auf Grund des Aufrufes des Oberpräsidenten Hörsing sind wichtige Industrieorte mit Schutzpolizei belegt worden. Ein Teil der Arbeiterschaft ist durch unverantwortliche Führung zum Streik veranlaßt worden. Es ist eine Kommission aus Vertretern des Gewerkschaftskartells, der USP. und SPD. gebildet, die sofort mit dem Oberpräsidenten in Verhandlungen tritt.

Das Ergebnis wird von uns durch Aufruf bekanntgegeben.

Wir fordern die Arbeiter und Angestellten auf, bis dahin **keiner Streikparole Folge zu leisten, von welcher Seite sie auch komme.**

Arbeiter und Angestellte! Folgt in Eurem eigenen Interesse nur den Anordnungen der unterzeichneten Organisation.

Das Gewerkschaftskartell.
Hesse. Wiesepp.

Als es hieß, den Aufruf zu unterzeichnen, traten die Vertreter der Unabhängigen hiervon zurück und wollten sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, einen solchen Aufruf zu unterschreiben. Im Geheimen mochten sie ihre Verbindung mit links nicht ganz verlieren. Um nicht alle Arbeit umsonst getan zu haben, beschloß das Gewerkschaftskartell den Aufruf allein zu unterschreiben und hat man die S. P. D. im Interesse einer geeinten Gewerkschaftsbewegung von der Unterzeichnung Abstand zu nehmen, falls die U. S. P. bei ihrer Weigerung beharrte. Nachmittags hatte die Kommission, die trotzdem zusammengeblieben war, die bekannt gegebene Unterredung mit dem Oberpräsidenten. Als hier der Oberpräsident der Kommission ein klares Bild über die Sachlage entwickelte, klappten vor allen Dingen die Unabhängigen unter der Fülle des Hörsingschen Materials zusammen und ihr nach außenzehn immer bekanntgegebener revolutionärer Geist sah nun doch ein, daß, wenn man die deutsche Arbeiterbewegung schützen wolle, man sofort geschlossen gegen die politische Verhetzung durch die Kommunisten Front machen müsse. Und daß eine solche Warnung in Wirklichkeit die revolutionärste Tat für die deutsche Arbeiterbewegung wäre. Jetzt wollten auch die Unabhängigen den Aufruf mit unterschreiben und kam man deshalb zur Verfassung und Unterschreibung des folgenden Aufrufs:

An die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands!

Selten ist eine Streikbewegung so leichtfertig hervorgerufen worden, wie der jetzt von den Kommunisten in Mitteldeutschland geforderte Generalstreik. Weil in einzelne Orte Schutzpolizei hineingelegt, sollen alle Arbeiter in den Streik treten.

Das verlangen die Kommunisten.

Um die Arbeiter für den Streik zu gewinnen, werden alle möglichen Unwahrheiten verbreitet. Es sollen Betriebe durch die Polizei besetzt sein.

Das ist unwahr! Kein Betrieb ist besetzt!

„Der Klassenkampf" verbreitet die Nachricht, — Truppenverschiebungen nach Mitteldeutschland fänden statt, Merseburg sei besetzt, in Halle sei die Schupo verstärkt worden.

Diese Meldungen beruhen auf Unwahrheit.

Vertreter der unterzeichneten Organisationen haben am Dienstag mit dem Oberpräsidenten Hörsing verhandelt. Herrn Hörsing wurden die Befürchtungen, die die Arbeiterschaft gegenüber der Ueberschwemmung mit Polizei hegt, vorgetragen und ihm der Vorwurf gemacht, nicht in Fühlung mit der Arbeiterschaft geblieben zu sein. — Hörsing bestritt das Letztere; er habe lange gewartet, ehe er zur Entsendung von Polizei in die Industrieorte geschritten sei. Die Kommission verlangte Garantien, daß die Polizei nicht zu politischen und wirtschaftlichen Zwecken mißbraucht wird. Hörsing gab diese Zusicherung, indem er folgendes erklärte:

1. Die Polizeitruppen werden nicht die wirtschaftliche und politische Bewegung der Arbeiterschaft stören, sondern nur zur Verfolgung und Verhinderung von Verbrechen benutzt werden.
2. Die Betriebe werden von der Polizei nicht besetzt werden.
3. Die Offiziere und Mannschaften der entsandten Polizei sind auf das Sorgfältigste ausgewählt. Es sind durchweg ruhige, besonnene Männer, die keine Provokationen begehen werden. Es ist ihnen eingeprägt worden, sich stets mit den Arbeitern zu verständigen, um Zusammenstöße zu vermeiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Gefahr eines Vorstoßes der Reaktion besteht unzweifelhaft weiter. Fördert diese Gefahr nicht, indem ihr euch von dunklen Elementen zu Putschen hinreißen laßt. Spart eure Kräfte bis zum Zeitpunkt, wo ihr sie zur Abwehr von Angriffen auf politische und wirtschaftliche Errungenschaften gebraucht.

Das Gewerkschaftskartell.
Hesse. Wiesepp.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Drescher. Flücht.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Peters. Reiwand.

(Den beiden Hauptstandorten der Schutzpolizei in Eisleben und Merseburg sind aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft zivile Ratgeber beigegeben, ohne deren Zustimmung die Polizei keine Aktionen gegen Betriebe unternehmen darf.)

Dieser Aufruf prangte an allen Litfaßsäulen und tat seine Wirkung zur Beruhigung der aufgepeitschten Arbeitermassen. In dem Organ der S. P. D. wurde er wortgetreu übernommen mitsamt den Unterschriften. Das Organ der U. S. P. D. aber gab die Unterschriften nicht bekannt, mit der Motivierung, daß man doch nicht mit den Namen so herumprahlen sollte, und die Arbeiterschaft sehe so etwas nicht gerne. In Wirklichkeit lugt schon aus diesen kleinen Abänderungen die Aengstlichkeit hervor. Sie hatten eben in **gewissem Sinne noch mehr Respekt vor links, als vor einer** klaren Verantwortung den Massen gegenüber. Wenn man von einer Verantwortung der Volksallgemeinheit gegenüber beseelt ist, so gibt es kein Hin- und Herschaukeln, sondern eine klare Stellungnahme und das war ein scharfgezogener Strich nach links. Die U. S. P.-Männer sehen aber leider in ihrer maßlosen Kurzsichtigkeit die Sozialdemokratische Partei, die schon seit der Gründung der Arbeiterbewegung konstant geblieben und immer dem demokratischen Gedanken und ihrem Programm treugeblieben ist, für keine revolutionäre Arbeiterpartei an, wie ihr Organ gleich nach den Preußenwahlen schrieb, in dem über den Ausgang der Wahlen folgendes Resume erschien: Eine Schwächung der beiden sozialistischen Revolutionsparteien U. S. P. und Kommunisten ist eingetreten.

Im eigentlichen Sinne des Wortes hatten die Unabhängigen durch die Veröffentlichung des Aufrufes eine klare Stellungnahme eingenommen. Im geheimen reute sie es aber, da man sich noch nicht über die Auswirkungen der kommunistischen Aktion klar war. Um sich wenigstens ein paar Bohlen zur Uebergangsbrücke nach links zu sichern, schrieb man deshalb im unabhängigen Organ neben dem möglichst klein gehalten Aufruf einen blutcrünstigen Artikel über Hörsinggarden usw. Und weiter unten machte man sich sogar die Bedingungen der K. A. P. D. isten, die auf dem Leunawerk als Streikziel aufgestellt waren, zu eigen, in denen es heißt

1. Zurückziehung der Sipo,
2. Entwaffnung der Orgesch,
3. Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft.

Diese Forderungen sollten zur Durchführung gebracht werden. Allerdings gaben sie darunter bekannt, daß vielleicht die Herren Kempin und Konsorten nicht die richtigen Führer wären, und die Unabhängigen dachten, daß sie evtl. die Führung der Streiks übernehmen könnten.

So schaukeln nun die Unabhängigen zwischen der S. P. D. und den Kommunisten, zwischen Demokratie und Diktatur, hin und her. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn aus der sich früher stolz nennenden Massenpartei heute ein kläglich zusammengebrochenes Häuflein übrig geblieben ist.

Das klassenbewußte Proletariat will eben klare Richtlinien und positive Stellungnahmen haben, mag es sich um eine Gewaltpolitik von rechts oder links handeln. Heute hat das Proletariat keine Zeit und keine Lust mit sich experimentieren zu lassen, sondern heute heißt es, angesichts der drohenden Haltung der Reaktion zu handeln.

Gehandelt und gearbeitet im Interesse der Volksallgemeinheit, des gesamten Proletariats hat aber auch bei diesem Streik die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, so wie sie es bei allen Gelegenheiten getan hat und sie es in Zukunft immer tun wird.

Gegen die Erdrosselung der Parteipresse.

Die neuerliche Erhöhung der Papierpreise um 33 Proz., die mit dem 1. April d. J. in Kraft treten soll, veranlaßte die geschäftlichen Vertreter der Parteipresse zu folgendem Protest:

„Der am 31. März 1921 in Berlin versammelte Beirat der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse hat mit Empörung von der abermaligen ungeheuren Verteuerung des Zeitungspapieres vom 1. April 1921 an Kenntnis genommen. Er ist der Auffassung, daß die Regierung unter völliger Verkennung der Aufgaben und der schwierigen Stellung des Zeitungsgewerbes in ganz unberechtigter Weise durch diese Preiserhöhung den Papierfabrikanten auf Kosten der Zeitungsleser und Inserenten neue Millionen zugeschanzt hat. Der Beirat spricht deshalb den vom Zeitungsverlegerverein in dieser Richtung am 30. März zu Hannover aufgestellten Forderungen seine volle Zustimmung aus und macht sich diese in jeder Form zu eigen. Der Beirat ist weiter der Ansicht, daß durch die horrende Preissteigerung ganz besonders unsere Parteipressebedroht wird, die die Bewirtschaftungsmaßnahmen der Regierung immer unterstützt hat. Er erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß diese in entschiedenster Weise gegen die Preissteigrung Stellung nimmt und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verhindert.

Die Papierfabriken gehören zu denjenigen Gewerbezweigen, die unter der Scheinkonjunktur der Nachkriegszeit am meisten profitiert haben. Phantastische Dividenden wurden für das letzte Geschäftsjahr verteilt. Die Geschäftsführer der Parteipresse, vertreten durch ihren Beirat, haben doppelt die Pflicht, auf die Gefahr hinzuweisen, die den Arbeiterzeitungen durch die neuerliche Preiserhöhung droht. Wenn die Presse der organisierten Arbeiterschaft zum Erliegen käme, triumphierten die mit fremdem Gelde gespeisten kommunistischen Blätter. Das zu fördern, kann nicht die Absicht einer Regierung sein, die sich zum überwiegenden Teil aus Vertretern der Demokratie zusammensetzt."

Inzwischen ist die Bewirtschaftung des Papiers gänzlich aufgehoben worden und jetzt kann der Papiertrust der Fabrikanten nahezu ungehindert schalten und walten wie er will.

Ein Beitrag zum Kohlensozialisierungsproblem.

Als am 23. März 1919 das Kohlenwirtschaftsgesetz erlassen wurde, schlug man mit der Gesetzgebung eine Richtung ein, die mit unerbittlicher Konsequenz zu weiteren Schritten auf diesem Wege der planmäßigen Regelung des Bergbaues, d. h. zur Sozialisierung, zwingt. Schon während des Krieges hatte der Reichskohlenkommissar infolge des Kohlenmangels die Verteilung der Kohlen in die Hand genommen; das Kohlenwirtschaftsgesetz sah eine ähnliche Verteilung auch für die Zeit kommenden Kohlenüberflusses vor. Gleichzeitig übertrug man auch die Preisfestsetzung für die Kohlen dem neuen Wirtschaftskörper, und seit Bestehen des Kohlenwirtschaftsgesetzes werden die Kohlenpreise für die einzelnen Reviere von zentraler Stelle aus bestimmt. Dieses Festsetzungsrecht wird in der Zukunft die Arbeitsverhältnisse noch mehr als bisher auf das entscheidenste beeinflussen.

Vor dem Kriege richtete sich der Kohlenpreis nach der Konkurrenz des Auslandes. Im Konkurrenzkampf war man gezwungen, im Inland Preise zu nehmen, die zuzüglich der Fracht- und Handelszuschläge mit den englischen Kohlen konkurrenzfähig waren. Diese Preise schwankten genau wie die jeder anderen Ware nach dem Angebot. Ausschlaggebend für die Preishöhe im Inland, d. h. fern von der Auslandskonkurrenz, war für Steinkohlen das syndizierte rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier, für Braunkohlen die großen Braunkohlenreviere Rheinlands und Mitteldeutschlands. Diese Bezirke konnten infolge ihrer Größe und Leistungsfähigkeit die anderen Reviere zwingen, die Preishöhe ihrer Produkte den Preisen der vorgenannten Reviere anzupassen. Hierbei spielte natürlich auch die Art und die Verwendungsmöglichkeit der Kohle eine Rolle; aber alle diese Dinge waren nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Dieser gleiche Preis der Kohlen bedingte in allen Revieren gleiche Selbstkosten. Um aber in allen Revieren diese verhältnismäßig gleichen Selbstkosten zu haben, war man infolge der verschiedenen Leistung in den verschiedenen Revieren gezwungen, die Löhne der Leistung anzupassen, woraus sich sehr große Unterschiede in der Lohnhöhe ergaben. Im Bergbau bilden die Lohnkosten etwa 60 Prozent der Selbstkosten, so daß theoretisch bei gleichen Kohlenpreisen in den verschiedenen Revieren und bei verschiedener Leistung in diesen Revieren wohl der gleiche Betrag pro Tonne an Lohnkosten gezahlt werden konnte, die Lohnhöhe pro Schicht jedoch ganz verschieden ausfallen muß. Im einzelnen Revier ist dieser durch die freie Wirtschaft bedingte Zustand nicht oder nur sehr wenig in die Erscheinung getreten, da hier die Löhne der Arbeitnehmer infolge der Wirkung von Angebot und Nachfrage, noch mehr aber durch die Macht der Organisationen, die für gleiche Löhne im gleichen Revier eingetreten sind, auf der gleichen Höhe gehalten wurden.

Betrachtet man die Kohlenpreise, Lohnselbstkosten und die Höhe der Löhne in zwei Bergrevieren mit großen Leistungsunterschieden, so ergibt sich für 1913 folgendes Bild:

Im Ruhrrevier betrug der Durchschnittslohn 5,28 Mk., die Leistung pro Mann und Schicht 0,78 Tonnen, die Selbstkosten an Arbeitslöhnen 7,66 Mk., der Kohlenpreis 11,83 Mk.

Im Waldenburger Revier betrug der Durchschnittslohn 3,36 Mk., die Leistung 0,55 Tonnen, die Selbstkosten an Arbeitslohnen 6,10 Mk., der Kohlenpreis 10,47 Mk. Mithin betrugen die Lohnselbstkosten im Ruhrrevier 57, in Niederschlesien 58 Prozent, trotzdem der Lohn im Ruhrrevier 57 Prozent höher war als in Niederschlesien.

Selbstkosten und Kohlenpreis waren praktisch in allen Revieren mit gleicher Kohle ziemlich gleich, Leistung und Lohnhöhe waren verschieden. In diese Verhältnisse, die sich im freien Spiel der Kräfte herausgebildet haben, und die sinngemäß wiederkehren müssen, wenn das frühere freie Spiel der Kräfte wiederkehrt, wie es von den Gegnern der Sozialisierung gewünscht wird, ist nun durch den Krieg und seine Folgen und durch das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 eingegriffen worden. Einmal ist die Preishöhe für die Kohlen der verschiedenen Reviere nicht mehr auf Grund des freien Preiskampfes festgesetzt worden, sondern in diesen Zeiten der Kohlennot, in denen Kohlen zu jedem Preis vom Verbraucher gekauft wurden, wenn sie überhaupt zu bekommen waren, sind die Kohlenpreise auf Grund der von den Unternehmern angegebenen und nachgewiesenen Selbstkosten festgesetzt worden. Der Kohlenpreis ist aber dasjenige Moment, welches im freien Spiel der Kräfte zwischen Revieren mit gleichen Kohlensorten nur um die Frachtdifferenzen schwanken kann. Wenn heute z. B. für gleiche Kohlensorten sehr große Preisunterschiede festgestellt worden sind, so lassen sich diese in dem Augenblick nicht mehr halten, in dem Kohlenüberfluß vorhanden ist. So kostet z. B. die Tonne gleichwertiger Steinkohlen ab Werk etwa:

im Ruhrrevier	225 Mk.
in Waldenburg	285 Mk.
in Zwickau	330 Mk.

der Waggon Brikett (10 Tonnen):

im Kölnischen Braunkohlenrevier	1417 Mk.
in Mitteldeutschland	2146 Mk.
in der Niederlausitz	2146 Mk.
im Frankfurter Bezirk	3000 Mk.

Diese Kohlenpreise decken nach den Nachweisungen der Unternehmer kaum noch die Selbstkosten. Es ist bei diesen Preisen schon heute sicher, daß einzelne Werke mit schlechten Leistungen mit diesem Durchschnittspreise nicht mehr bestehen können und durch Zuschüsse aus sogenannten Ausgleichskassen am Leben gehalten werden müssen.

Diese hohen Selbstkosten sind zum größten Teil eine Folge der durch die außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung bedingten Steigerung der Löhne. Diese Teuerung läßt es nun im Gegensatz zu früher nicht mehr zu, daß einzelne Reviere mit viel geringerer Lohnhöhe als andere nebeneinander bestehen können, denn das Existenzminimum muß überall gesichert werden, und seine Höhe ist infolge der Not der Zeit in allen Revieren gleich groß geworden. Wenn man daher jetzt der Lohnfestsetzung im Bergbau diese unbedingt notwendige Lohnhöhe, das Existenzminimum, zugrundelegt, so müssen die Kohlenpreise in den verschiedenen Revieren infolge der verschiedenen Leistung verschieden hoch werden. Das steht aber im strikten Gegensatz zu dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. In den Kreisen der Verbraucher, welche die durch die hohen Selbstkosten bedingten hohen Preise bezahlen sollen, wird sich ein Entrüstungssturm erheben, dem sicherlich nachgegeben werden muß, weil er eine große Berechtigung hat. Kein Verbraucher wird es verständlich finden, wenn Kölner Briketts inklusive Fracht in Berlin um mehrere Hundert Mark billiger verkauft werden können als das mitteldeutsche Produkt, und daß er gezwungen werden kann, diesen höheren Preis zu zahlen. Schon heute ist der Fall zu verzeichnen, daß oberschlesische Schieberkohlen in der Nachbarschaft des Waldenburger Kohlenreviers um 60—80 Mk. pro Tonne billiger angeboten werden, als die Waldenburger Kohle. Die Verbraucher fragen schon jetzt, was los ist.

Daher steht schon in der allernächsten Zeit die Frage auf der Tagesordnung: Was soll werden? Sollen die Kohlenpreise in den schlechten Revieren herabgesetzt werden, und sollen die dortigen Bergarbeiter auf einen erheblichen Teil ihres Verdienstes verzichten, oder umgekehrt: müssen die Löhne bestehen und die Kohlenpreise verschieden hoch bleiben? Hier entsteht ein Interessengegensatz; hier tritt ein Konflikt auf, der jede Regierung zwingt, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Der gleiche Konflikt ist bereits, wenn auch in kleinerem Maße, in den einzelnen Revieren selbst entstanden, in denen einzelne Bergwerke nicht imstande sind, mit den im Revier gezahlten Durchschnittspreisen ihre Selbstkosten zu decken. In diesem Falle hat man sich durch die Schaffung von Ausgleichskassen geholfen, indem die guten Werke einen Teil ihrer Gelder dieser Kasse zuführen, und aus dieser dann die schlechten Werke unterstützt werden. Im einzelnen Revier ist diese Praxis möglich. Sie wird aber in dieser Form nicht mehr möglich sein, wenn der Ausgleich nicht nur zwischen den Werken des einzelnen Reviers geschaffen wird, sondern dieser Ausgleich sich auf alle deutschen Bergbaubezirke erstrecken soll. Die schlechten Reviere stillegen ist unmöglich, das kann unsere Volkswirtschaft nicht ertragen; das wäre eine Vergeudung von Nationaleigentum, die ernsthaft nicht diskutiert werden wird. Die Löhne der Bergarbeiter in diesen schlechten Bezirken so erheblich herabzusetzen, daß die Selbstkosten in diesen Revieren wieder die gleiche Preisfestsetzung mit den guten Revieren ermöglichen, ist ebenfalls

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0003

vollkommen ausgeschlossen; denn dann kann den Arbeitern das Existenzminimum nicht mehr gesichert werden.

Aus diesem Zustand, der sich mit unerbittlicher Stärke entwickelt, gibt es nur einen Ausweg. Und das ist die Schaffung einer Ausgleichskasse für das gesamte Deutsche Reich. Die Schaffung dieser Ausgleichskasse läßt sich jedoch praktisch nur ermöglichen, wenn der gesamte Kohlenbergbau von einer Stelle aus kaufmännisch verwaltet wird. Nur eine Stelle, die einen klaren Einblick in die Selbstkosten der einzelnen Bezirke erhält, die imstande ist, die Selbstkosten für den gesamten deutschen Bergbau genau zu ermitteln, und die auf Grund dieser Kenntnis die Durchschnittspreise für die gesamte Kohlenproduktion so festlegen kann, daß die gesamten Selbstkosten aller Reviere gedeckt werden, kann einen gerechten Ausgleich vornehmen. Heute haben wir dem Reichskohlenrat schon durch das Kohlenwirtschaftsgesetz die Preisfestsetzung übertragen; er mußte die Preise auf Grund der Forderungen der einzelnen Reviere festsetzen. Jetzt haben sich die Zeiten geändert. Schon in der nächsten Zeit wird sich ein berechtigter Sturm gegen diese Preisfestsetzung unter den Verbrauchern erheben, dem jede Regierung Rechnung tragen muß. Will aber dann der Reichskohlenrat gleiche Preise für das Reich festsetzen und Ausgleichskassen bilden, die einen weitgehenden Eingriff in das bisherige Besitzrecht der einzelnen Werkbesitzer bedeuten, so wird jeder vernünftig denkende Staatsbürger sich mit der Frage befassen, wie dieser im Interesse unserer Volkswirtschaft notwendige Eingriff praktisch zu ermöglichen ist. Dieser praktische Weg ist die Weiterleitung der Sozialisierung in der Richtung, den Reichskohlenrat nicht blog zum Träger des Verkaufs, sondern auch zum Träger der Produktion zu machen. Und das ist praktisch die Sozialisierung.

Wenn in der nächsten Zeit an die Bergarbeiterschaft der leistungsschwachen Reviere die Frage herantritt, ob ihre Lohnhöhe herabzusetzen ist, um eine Stillegung der Werke zu verhindern, dann kommt die Zeit der Entscheidung. In diesem Augenblick wird die Frage der Sozialisierung zu einer Lebensfrage für weite Schichten unseres Volkes. Und keine Regierung und kein Parlament kann sich dann der Pflicht entziehen, im Interesse der Erhaltung der kleinen Reviere den Forderungen der sozialistisch gerichteten Arbeitnehmerschaft nachzugeben.

G. Werner.

Notizen.

Revision im Hiller-Helmhake-Prozeß. Von der Staatsanwaltschaft ist dem „Achtuhr-Abendblatt" zufolge gegen das Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts gegen den Oberleutnant d. R. Hiller Revision angemeldet worden. Ebenso hat der Verteidiger des Angeklagten Revision gegen das Urteil eingelegt. Der Prozeß wird nunmehr vor dem Reichsgericht verhandelt werden.

Kabinettskrise in Luxemburg. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Luxemburg: Das Ministerium Reuter ist zurückgetreten. Der Rücktritt ist auf den Wunsch zurückzuführen, die Regierung durch Heranziehung eines von den Liberalen und womöglich auch von den Sozialisten genehmigten Vertreters dieser Parteien zu erweitern. Möglicherweise wird Reuter selber mit der Neubildung betraut werden.

Amerika und Deutschland. Außenminister Simons hat am 21. März dem amerikanischen Kommissar in Berlin, Dresselhuys, ein Memorandum über die Separatfriedensfrage übermittelt. Am 29. hat nun der amerikanische Vertreter eine Rückäußerung der amerikanischen Regierung übergeben, in denen diese der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Deutschland die Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis eröffnen werde. — Der Notenwechsel findet in allen Ländern große Beachtung.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftl. des Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lauke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil i. V.: Hans Hörz; für die Inserate Wilhelm Hertig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27

Eure Parole sei
Frauengunst
Eigelb
und Triumph
Das sind die Spezialmargerinemarken die einzig und allein wirklich gute Butter ersetzen. Fordert bei Eurem Kaufmann nur das
Fabrikat der Firma Fritz Homann-Dissen
Versandkontor Halle a. S.
Ernst Hugo Seemann
Mariensraße 9 — Telefon 4738.
Verkauf nur an Wiederverkäufer.

Bekanntmachung.
Die Geschäftsräume der Allgemeinen Ortskrankenkasse,
Brüderstraße 14, befinden sich ab Donnerstag, den 7. April, im Grundstück
Kl. Klausstrasse 16.
Wegen Umzugs bleiben die bisherigen Geschäftsräume, Brüderstr. 14, für Mittwoch, den 6. April, für den öffentlichen Verkehr
geschlossen.
Allgem. Ortskrankenkasse in Halle a. S.
Kleemann, Vorsitzender.

Deutscher Rentnerbund Ortsgruppe Halle.
In Steuerangelegenheiten rat suchende Mitglieder erhalten Auskunft Donnerstag, den 7. April, vorm. 9—12, a. folg. Tage im Hotel Kaiserhof, Reilstr. 132. Der Vorstand.

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzige, farbig gedruckte humoristisch-satirische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von der Expedition dieses Blattes und von sämtlichen Austrägern

Achtung! Ausschneiden! Achtung!
Wer Stoff hat, zu Anzug, Paletot usw.
Tadelloser Sitz — Beste Verarbeitung
Billigste Preise
Paul Nelle, Herrenmoden, Geiststr. 18.

Die Marx'sche Geschichts-/Gesellschafts- u. Staatstheorie
Von Prof. Heinrich Cunow
Zwei vornehme, starke Halbleinenbände
Eine auf die neueste Forschung gegründete großzügige marxistische Soziologie/
wie sie bisher in der Literatur gänzlich fehlte!
Der erste Band liegt bereits vor, der zweite folgt in den nächsten Monaten
Preis des ersten Bandes in Halbleinen gebunden M. 42,50 und Sortimentszuschlag
Bestellschein
Ich bestelle hiermit ..... Exempl. Cunow: Die Marx'sche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie / 2 Halbleinenbände / Preis für den 1. Band M. 42,50 + 20%
(Unterschrift)
(Adresse)
Diesen Bestellschein bitten wir auszuschneiden und ausgefüllt sowie unterschrieben im Drucksachenumschlag einsenden an:
Buchhandlung d. Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Dauerhafte
Brieftaschen
in prima Leder und allen Preislagen sehr preiswert.
H. Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft
nur Schmeerstr. 19

Stellen finden
350 M. Wochenlohn
und hohe Provision erhalten Hausierer und Wiederverkäufer, die den Verkauf meiner großartigen, konkurrenzlosen Neuheiten übernehmen. Dauernde Beschäftigung. Offerten unter A. K. 220 an Rudolf Mosse, Magdeburg.

Ab Freitag, d. 8. April 1921:
Der grosse 6 teilige Fortsetzungsfilm
Der Mann ohne Namen
nach dem Roman „Peter Voss, der Millionendieb" von Gerh. Seeliger.
Ein Riesensensations-Abenteuerfilm.
In den Hauptrollen:
Mady Christians, Harry Liedtke, Georg Alexander, Jacob Tiedtke, Erich Kaiser-Titz, Manja Tzschatschewa u. a.
Der Film wurde aufgenommen in folgenden Städten: Kopenhagen, Amsterdam Scheveningen, Rotterdam, Haag, Triest, Venedig, Ragusa, Cattaro, Serajewo, Marokko, Tetuan, Hexauen; Larasch, Cadix, Canarische Inseln, Algeciras, Seville, Toledo, Madrid, Barcelona, Mailand, St. Moritz, Zürich, München.
U.T. **Alte Promende Nr. 11a.**
— Fernruf 5738. —
Achten Sie auf das morgige Inserat.
Ab heute beginnen unsere Vorstellungen wieder regelmässig 4 Uhr. Kassenöffnung 3½ Uhr. Letzte Vorstellung 8.15 Uhr.

Stadt-Theater
Mittwoch, d. 6. April, Anfg. 7. Ende 10 Uhr:
Wenn Liebe erwacht
Operette von Künneke
Donnerstag:
Menagerie
Lustspiel v. Kurt Götz.

Apollo-Theater
Heute u. folg. Tage Anfang 7½ Uhr
„Onkel Muz"
Singspiel in 3 Akt. von Gilbert.

Eichene Wohnzimmermöbel
Geschnitzte Küchenmöbel
Nur eigene Fabrikate
Paul Höke, Diemitz.

Restaurant
„Hohenzollern" Merseburg
Mittwoch Schlachtefest

Licht-Spiele
! Täglich mit grösstem Erfolg !
Die zweite Episode des gew. Eichberg-Sensationsfilms
In der Schlinge des Inders
mit Lee Parry, Viol. Napierska
dazu: „Das neue Mädchen".
Tolles Lustspiel
Einlass 3½, Beginn 4 Uhr, letzte Vorstellung 8.30
Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Beth's Bunte Bühne
Erstes Kabarett am Platze.
Allabendlich 7 Uhr:
Der vollständig neue, aus allerersten Kräften bestehende
April-Spielplan.

Ordentliche
Zeitungs-Austräger
gesucht.
Verlag Volksstimme, Gr. Ulrichstrasse 27.

Mietsgesuche.
Möblierte Zimmer!
Zum Beginn des Sommersemesters an der Universität werden eine größere Anzahl möblierter Zimmer zur Unterbringung von Studierenden benötigt. Ausführliche Offerten mit Preisangabe an das Akademische Wohnungsamt Alte Promenade 5, Burse zur Tulpe, Zimmer 7, erbeten

Lagerplatz
in Halle,
an Wasser und Bahn gelegen, zu verpachten. Angebote unter B. S. 4019 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4.

Schlafzimmer
Küchen
Herren-, Speisezimmer
und einzelne Möbel.
H. Bergmann,
Inh. R. Ebeling,
Möbelfabrik,
Halle, Fleischerstraße 30/31.
Tel. 2362.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Jeder Bezieher des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von Dr. Georg Flatow braucht auch den soeben erschienenen
Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber
Betriebsabbrüchen und Stillegungen
nebst der Ausführungsanweisung
Unentbehrlich
für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Behörden, Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 1,50 Mark und 20% Teuerungszuschlag
Buchhdlg. der Volksstimme.

Bei krankh. Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort statt des seit vielen Jahren erprobten echten Menstruationstropfen
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflaschen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: Adler-Apotheke, Geiststr. 13; Sanitäts-Depot, Leipzigerstr. 11; E. Kertzscher, Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); E. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41 u. Wallogott Nachf. Gr. Ulrichstraße 30. Albert Schumann, Steinweg 46/47. Fritz Speer, Große Ulrichstraße 65.

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radiumhaltig. Schmiedeberg Moor- u. medizinischen Bäder

Wringmaschinen
reparieren und legen neue Walzen ein
Otto Spermann, neben Wa/halla. Fernspr. 6504.

Allerfeinstes schneeweißes
Schweine-Schmalz
Pfund 11.00 Mk.

Saftiges, frisches
Corned-Beef
Pfund 7.60 Mk.

Vorzügliche Thüringer
Rot- und Leberwurst
Pfund 12.00 Mk.

Kunst-Honig
Pfund 3.80 Mk.

„Drei Glocken"
G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0004

Kurzsichtigkeit der bürgerlichen Stadtverordneten.

Wahl des Stadtrates — Erhöhung des Fahrtarifes der Straßenbahn — Erhöhung der Gebühren für Wasser und Licht — Ablehnung der Dringlichkeit des sozialdemokratischen Antrages.

Die gestrige wichtige Stadtverordnetensitzung fand eine schnelle Erledigung. Es mag mit daran liegen, daß die kommunistischen Vielsprecher, die Herren Osterburg und Bowitzky, der ehemalige „politische Kommissar für den Kreis Mansfeld", fehlten. Natürlich war Frau Hedwig Krüger, „die Samariterin", auch nicht zugegen und so sah es auf den Plätzen der „Linksten" sehr zahm aus. Ein hallisches Blatt brachte übrigens gestern die sensationelle Nachricht von der Flucht des Stadtrates Osterburg. Ob sich dieselbe bestätigt, konnten wir bisher nicht feststellen. — Die Stadtratswahl brachte als Resultat die Wahl des Herrn Dr. May, für den die gesamten Bürgerlichen stimmten. Bei der Beratung der Vorlage über die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise ging der Streit um Einheits- oder Teilstreckentarif. Unsere Fraktion trat für den Teilstreckentarif ein, wofür Gen. Gerig in längeren Ausführungen gute Gründe fand. Die Stadtverordnetenmehrheit ließ sich von gleichen Erwägungen leiten und gab deshalb dem Teilstreckentarif ihre Zustimmung. — Die Gebührenerhöhung für Wasser und Licht wurde ohne besondere Debatte vorgenommen. Nur Herr Ritter (Dem.) wollte für Gewerbetreibende eine Lanze brechen, fand aber mit dem Antrage selbst bei seinen Fraktionskollegen keine Gegenliebe. — Vergangene Woche wurde in den hiesigen Tageszeitungen vom Verband der Metallindustriellen ein Inserat aufgegeben, in dem die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit ermahnt würden. Es war auch folgender Satz in dem betreffenden Inserat zu lesen: Die Entscheidung über die Wiedereinstellung behalten sich die Arbeitgeber in jedem Falle ausdrücklich vor." Das heißt, daß der Unternehmerwillkür bei der Wiedereinstellung Tor und Tür geöffnet werden soll. Dagegen muß angekämpft werden. In Erörterung der aus dem Vorgehen der Unternehmer etwa entstehenden Härten und Ungerechtigkeiten, hatte die sozialdemokratische Fraktion (S. P. D.) folgenden

Dringlichkeitsantrag

eingebracht:

„Der Magistrat wird ersucht, durch eine Vermittelungsaktion bei den hiesigen Arbeitgebern dafür zu sorgen, daß Arbeiter, die sich während der letzten Unruhen ungesetzliche Handlungen nicht zu schulden kommen ließen, aus ihren Arbeitsstellen nicht entlassen werden."

Mit Ausnahme eines weißen Raben, Stv. Ritter (Dem.), stimmten die bürgerlichen Stadtverordneten geschlossen gegen die Anerkennung der Dringlichkeit, weshalb der Antrag gestern nicht zur Beratung kam. Dieselben Herren, die sich nicht genug über Unruhen in der Arbeiterschaft empören können, sitzen gleichgültig da, wenn es gilt, das durch den verbrecherischen Putsch entstandene Durcheinander zu ordnen. Jetzt fragen die Bürgerlichen auf einmal nicht mehr nach „Ruhe und Ordnung", jetzt überlassen sie das dem Unternehmertor. Uns sind schon viele Fälle bekannt geworden, wo seitens der Unternehmer bei Entlassungen rigoros vorgegangen wurde. Pflicht der Stadt aber ist es, dafür zu sorgen, daß einmal der Stadtsäckel nicht durch Arbeitslosenunterstützung belastet wird und ferner jedes Unrecht bei der Wiedereinstellung unterbleibt, damit keinerlei Unruhe in die Arbeiterschaft getragen wird. Es ist selbstverständlich, daß wir uns nicht für verbrecherische Elemente einsetzen werden. Die Ablehnung der Dringlichkeit zeigt die ganze spießerhafte Kurzsichtigkeit der geruhsamen Bürgerlichen.

•

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Montag, den 4. April.

Nach Bekanntgabe einiger kleinerer Eingänge erfolgte die Einführung des neuen Stadtschulrates Herrn Dr. Truschel, der gelobte, sein Amt nach besten Kräften und unparteiisch zu führen.

Als ersten Punkt steht die Tagesordnung die

Wahl eines besoldeten Stadtrates

vor.

Ehe der Wahlakt beginnt, nimmt der stellvertretende Stv.-Vorsteher Hennig das Wort und erklärt: Ich halte es für erforderlich, daß aus der Mitte der Versammlung Einspruch dagegen erhoben wird, daß der von uns gewählte Stadtrat Kilian seine Bestätigung findet. Er wendet sich weiter gegen das Bestätigungsrecht der Regierung und sagt zum Schluß: Die schärfste Form unseres Protestes ist, daß wir wieder unsere Stimmen Herrn Kilian geben.

Für die kommunistische Fraktion drückt Stv. Mendorf seine Freude über die Unterstützung von seiten der Unabhängigen bei dem Protest aus.

Die darauf folgende Wahl ergibt nachstehendes Resultat: abgegebene Stimmzettel 59, unbeschriebene 7, gültige 52, für Dr. May 32, für Stadtrat Kilian 19.

Somit ist Herr Dr. May (Charlottenburg) zum besoldeten Stadtrat gewählt.

Auf einem abgegebenen Zettel stand der Name Hölz, was vom Stv.-Vorsteher Dr. Keil mit den Worten gerügt wird: Das ist ein dummer Witz. (Das ist auch unsere Meinung. D. Red.).

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Erwerbe des Grundstücks Gemarkung Halle, Kartenblatt III Nr. 68/9 und 69/9 von 3,0842 Hektar Größe durch Austausch gegen einen Teil des städtischen Grundstücks Gemarkung Halle, Kartenblatt II Nr. 1261/17 in Größe von 1,3280 Hektar unter Entnahme des bar zu zahlenden Kaufpreises bis von etwa 66 400 Mk. aus der Anleihe von 1920 zu. Der Austausch muß als günstig für die Stadt bezeichnet werden.

Bergmannswohnungen.

Anschließend an den von den städtischen Körperschaften beschlossenen Bau eines Bergmannswohnhauses wird die Errichtung von zwei weiteren Häusern in einer Gruppe, unter einem Gesamtkostenaufwand von 684 000 Mk. genehmigt.

Zu diesen Gesamtkosten wird voraussichtlich die Treuhandgesellschaft für Bergmannssiedelungen 300 000 Mark für das zweite Haus mit vier Wohnungen in diesem Jahre beitragen. Die für dieses Haus noch aufzubringenden, den Gesellschaftsbeitrag von 300 000 Mk. übersteigenden Mittel in Höhe von 42 000 Mk. verzinsen sich durch die Mieten. Dieser Magistratsbeschluß findet Annahme.

Genosse Wilke: Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Wunsch und die Bitte aussprechen, diese Ausführung der Bauten ausschließlich in die Hände genossenschaftlich organisierter Bauformen zu geben.

Im Asyl für Obdachlose muß eine Badeeinrichtung eingebaut werden. Die Kosten in Höhe von 3000 Mk. werden bewilligt.

Der den unmittelbaren Staatsbeamten mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab neben dem bisher geltenden Ausgleichszuschlag gewährte Notzuschlag, in Ortsklasse B mit 17 Prozent, wird auch den städtischen Beamten, Lehrern und Lehrerinnen an den städtischen höheren, Mittel- und Fachschulen, sowie den ständig Angestellten, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in demselben Umfange und von demselben Zeitpunkte an bewilligt. Die Kosten für 1. Januar bis 31. März 1921 mit rund 898 000 Mark sind den Positionen für die Gehalts- usw. Bezüge im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 zu entnehmen und soweit dort Deckungsmittel nicht mehr vorhanden sind, solche im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 vorzusehen.

Ab 1. April 1921 wir die Mehrausgabe rund 3 200 000 Mark jährlich betragen. Für den Betrag von 898 000 Mark ist eine Deckung nicht vorhanden. Indessen ist die Erstattung dieser Beträge inzwischen von der Stadtgemeinde bei der Preußischen Regierung und durch Vermittelung des Städtetages Berlin bei der Reichsregierung beantragt und damit begründet worden, daß durch die Gesetzgebung des Reiches und des Preußischen Staates die Gemeinden gezwungen sind, Ausgaben — noch dazu mit rückwirkender Kraft — zu machen, für die der Haushaltsplan eine Deckung nicht vorsieht und die nur unter großen Opfern seitens der Bürgerschaft nachträglich gedeckt werden können.

Eine Entscheidung ist darauf noch nicht erfolgt.

Da jedoch bei der Geldnot der Landes- und Reichsregierung eine Erstattung sehr fraglich ist, so hat der Magistrat noch eine besondere Vorlage, welche durch Erhöhung der Gebühren für Gas, Wasser und elektrische Kraft eine Deckung in Vorschlag bringt, zur Beratung an die Versammlung gerichtet.

Die Erhöhung des Straßenbahntarifes

führt zu einer Aussprache, in der besonders der Antrag des Haushaltsausschusses: den Teilstreckentarif abzulehnen und einen Einheitstarif (für einfache Fahrten 70 Pfg. und für Umsteigen 80 Pfg) aufzustellen, diskutiert wird.

Stv. Busse (Dn.) steht zum Magistratsvorschlage.

Genosse Gerig tritt ebenfalls für den Teilstreckentarif ein und führt dabei aus: Wir stimmen auch dem Antrage des Magistrats zu. Früher sind wir grundsätzlich für den Einheitstarif eingetreten, als er jedoch eingeführt war, haben sich große Schwierigkeiten und Härten daraus ergeben. Diejenigen — nach Berechnungen sind es 14 Millionen jährlich —, welche kürzere Strecken fahren, müßten nach Annahme des Einheitstarifes 20 Pfg. mehr bezahlen, zirka 4 Millionen sollen für die mittlere Strecke 10 Pfg. mehr entrichten. Diejenigen aber, die die längsten Strecken fahren, brauchten zu ohnur 70 Pfg. zu zahlen. Gerade dieser Umstand hat dazu geführt, daß wir vom Einheitstarif abgegangen sind. Wir müssen den Grundsatz hochhalten, daß derjenige, für den mehr geleistet wird, auch die Mehrleistung bezahlen muß. Die blinden Passagiere können auch durch einen Einheitstarif nicht mehr erfaßt werden. Der Grund für diese nichtzahlenden Fahrgäste liegt daran, daß das Publikum die Schaffner nicht genügend unterstützt. Das Entrichten des Fahrpreises wird deshalb umständlich vorgenommen. Wir empfehlen die Magistratsvorlage zur Annahme.

Nachdem noch Stv. Albrecht (Unabh.) für und sein Fraktionsgenosse Gräfe gegen den Einheitstarif gesprochen haben, tritt noch der Dezernent für das Straßenbahnwesen Stv. Balke (Dem.) für die Magistratsvorlage ein, da Beratungen gegeben haben, daß bei Annahme des Antrages vom Haushaltsausschuß 700 000 Mark Mindereinnahmen zu verzeichnen wären.

Mit großer Mehrheit wurde darauf die Magistratsvorlage angenommen, die folgenden Tarif vorsieht:

Die Beförderungspreise der städtischen Straßenbahn

werden vom nächstmöglichen Zeitpunkt (15. April d. J.) ab wie folgt erhöht:

1. Barfarif: für 2 Teilstrecken 70 Pf. (bisher 50 Pf.) für 3 Teilstrecken 80 Pf. (bisher 60 Pf.), für mehr als 3 Teilstrecken 1 Mk. (bisher 70 Pf.).

2. Vergünstigungen: Monatskarten für alle Strecken 60 Mk. (bisher 45 Mk.). (Die bisherigen Monatskarten für zwei Teilstrecken fallen künftig fort.) Steuerfr. Wochenkarten für Arbeiter 7 Mk. (bisher 5 Mk.). Steuerpil. Wochenkarten für sonstige Personen 7,50 Mk. (bisher 6 Mk.). Arbeitsfrühkarten 3,50 Mk. bisher 2,50 Mk.), Schülerkarten 5 Mk. (bisher 4 Mk.). Fahrscheinhefte mit 10 Fahrscheinen je 70 Pf. = 6,50 Mk., bei Neubestellung dieser Hefte = 11 Fahrscheine für 7 Mk., Fahrscheinhefte mit 11 Fahrscheinen je 80 Pf. = 8 Mk., Fahrscheinhefte mit 11 Fahrscheinen je 1 Mk. = 10 Mk.

4. Sonderwagen: Für jede Teilstrecke 15 Mk., mindestens jedoch 45 Mk., in der Zeit von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

5. Strafgeld für Fahrgeldhinterziehung 7 Mk.

Die sonstigen Beförderungsbestimmungen der Städtischen Straßenbahn bleiben bestehen.

Infolge der anhaltenden Steigerung der Materialkosten sowie der Löhne und Gehälter für das Personal reichen die für das Rechnungsjahr 1920 veranschlagten Etatsätze bei der Straßenbahn nicht aus. Nach einer vorläufigen Berechnung werden die Ausgaben anstatt der voranschlagsmäßig vorgesehenen 14 766 850 Mark sich auf etwa 16 750 000 Mark belaufen. Die Etatsüberschreitungen werden in dieser Höhe nachbewilligt.

Erhöhung der Einheitssätze für Gas, Wasser und Elektrizität.

Nach vorläufiger Feststellung wird der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921/1922 eine Mehrausgabe gegen 1920 von 14 bis 15 Millionen Mark erfordern. Wenn auch an einzelnen Stellen Abstriche möglich sein werden, so wird doch für den bei weitem größten Teil jener Summe im neuen Etatsjahr Deckung geschaffen werden müssen. Insbesondere wird dies nötig sein hinsichtlich derjenigen Mehrausgaben für Beamte, Angestellte und Lehrpersonen, die der Stadt durch Reichsgesetz auferlegt sind und denen sie sich nicht entziehen kann. Allein diese Mehrausgaben belaufen sich für das neue Rechnungsjahr auf annähernd 5 Millionen Mark. Dazu kommt die neuerlich gesetzlich festgesetzte Erhöhung des Ausgleichszuschlags für die Beamten usw. mit einer Mehrausgabe von rund 900 000 Mark. Das gleiche gilt von der den städtischen Arbeitern neuerdings gewährten Wirtschaftsbeihilfe, die einen Aufwand von rund 300 000 Mark erfordert. Angesichts dieser Sachlage ist es unumgänglich, einen erheblichen Teil des gesamten zu erwartenden Mehrbedarfs durch Erhöhung der Preise und Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität zu decken.

Es werden die folgenden Nachträge zu den bezüglichen Lieferungsbedingungen beschlossen:

Der Preis für ein Kubikmeter Niederdruckgas beträgt bei Verwendung zum Beleuchten, Kochen und Heizen 1,70 Mk., zum Betriebe von Gastraftmaschinen und für andere gewerbliche Zwecke, zu denen die Beleuchtung und Raumbeheizung gewerblicher Unternehmungen nicht zählen 1,60 Mk.

Die Gasabgabe durch Münzgasmesser erfolgt nach Form A zum Preise von 1,70 Mk. für 1 Kubikmeter, nach Form B zum Preise von 1,75 Mk. für 1 Kubikmeter.

Der Pauschalpreis beträgt für eine Leuchtflamme von ca. 100 Kerzen Helligkeit in der Zeit vom 1. Apr. bis 30. Sept. 11,50 Mk., in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 17 Mk.; für eine Leuchtflamme von ca. 50 Kerzen Helligkeit in der Zeit vom 1. April bis 30. September 8 Mk., in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 13,50 Mk. monatlich.

Dieser Nachtrag tritt mit der im April 1921 beginnenden Ablese-periode bezw. bei Pauschalgaspreis-Abnahme mit dem Tage der Abrechnung im April 1921 in Kraft.

Für das Wasserwerk. Der § 1 der genannten Ordnung in der Fassung der Nachträge I bis VI erhält folgende Fassung:

„Für die Benutzung der städtischen Wasserleitung wird eine Gebühr von 1 Mark für ein Kubikmeter Wasser erhoben."

Dieser Nachtrag tritt mit dem nach seiner Veröffentlichung beginnenden Ablese-periode in Kraft.

Für das Städtische Elektrizitätswerk. Beleuchtungsgebühr 1915: Belastungsgebühr + 20 Pfg. pro Kilowattstunde, jetzt Belastungsgebühr + 2,66 Mk. pro Kilowattstunde; Kraftgebühr 1915: Belastungsgebühr + 10 Pfg., jetzt + 1,63 Mk.

Die Strompreise werden nochmals außerordentlich wie folgt erhöht: um 67 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom nach dem Gebührentarif (§ 4 I), Beleuchtungstarif, um 67 Pfg. für die Kilowattstunde Lichtstrom nach dem Wohnungstarif (§ 4 II a); um 50 Pfg. für die Kilowattstunde Kraftstrom; um 24 Mark jährlich für jede Pauschallampe.

Diese Erhöhungen treten mit der im Monat April 1921 beginnenden Ablese-periode bezw. mit dem 1. April 1921 in Kraft.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion: Wir ersuchen den Magistrat, Einrichtungen zu schaffen, in welchen die noch nicht schulpflichtigen Kinder von den Frauen oder Witwen Unterkommen finden können, welche zur Erhaltung der Familie tagsüber zur Arbeit gehen müssen, wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen, nachdem Herr Stadtrat Velthuysen erklärte, daß bereits die Errichtung zwei Kinderhorte und zweier Kindergärten vom Magistrat beabsichtigt ist.

Gen. Wilke erwähnte dabei noch, daß in Halle eine große Anzahl Kinder vorhanden sind, für die unbedingt Horte und Kindergärten eine Notwendigkeit darstellen. Bei der Aufnahme der Kinder muß selbstverständlich jede religiöse Rücksichtnahme ausgeschaltet werden. Wenn das von der privaten Wohlfahrt nicht verlangt werden kann, so muß die Stadt um so mehr bestrebt sein, solche Einrichtungen zu schaffen.

Der Belagerungszustand gemildert.

Der Regierungskommissar Hörsing erläßt folgende Verordnung:

„In Abänderung meiner Verordnung vom 29. März 1921 bestimme ich für den Stadtkreis Halle:

1 Die Polizeistunde wird festgesetzt auf 10½ Uhr abends.

2 Der Verkehr auf der Straße ist von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens allen Personen, die sich nicht im Besitze eines Erlaubnisscheines befinden, die Straße während der Sperrzeit betreten zu dürfen, verboten.

Der Schiffs- und Gondelverkehr auf der Saale wird freigegeben von 4 Uhr vormittags bis 10½ Uhr abends."

Zu den Sprengattentaten in Ammendorf.

Wie bereits bekannt, sind am 28. März morgens zwischen 5½ und 6 Uhr und nachmittags gegen 5½ Uhr in Ammendorf von einem 6—8 Mann starken Sprengtrupp der sogenannten „roten Armee" das Postamt, das Bahnhofsgebäude, eine Brücke und das Stellwerk durch starke Sprengladungen zum Teil vollständig zerstört worden. Der Schaden ist sehr hoch. Die Täter, die zum Teil erkannt sein dürften, haben auch sicher noch an anderen Orten Sprengungen ausgeführt. Wer zu diesen schweren Verbrechen irgendwelche Angaben machen kann, die zur Ermittelung der Täter führen können wird unter Hinweis auf die vom Staate ausgesetzte hohe Belohnung gebeten, seine Wahrnehmungen der Kriminalpolizei Halle, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 37 oder 20, schriftlich oder mündlich anzuzeigen.

Die Vorgänge in Mitteldeutschland.

Am Schluß seiner trefflichen Ausführungen in der Sonntagsversammlung zeichnete Gen. Hesse noch ein kurzes Bild über den Spitzelhelden Kempin, der seit 6 Wochen wieder unter seinem richtigen Namen auftritt. Wer erinnert sich nicht an die Quasseleien dieses Herrn in einer sozialdemokratischen Wahlversammlung im „Volkspark"? Sie fanden bezeichnenderweise den Beifall der kommunistischen Arbeiter.

Vorzügliche Worte fand der Referent dann noch für die Notwendigkeit einer wirklich republikanischen Gesinnung in der Arbeiterschaft. In der Republik und Demokratie darf die Arbeiterschaft nicht mehr ästhetisch sein. Sie muß aber eine Propaganda mit Dynamit und Handgranaten ablehnen.

Wie der erste Redner, so erhielt auch Gen. Hesse starken Beifall. Wir wollen hoffen, daß auch manchem Kommunisten ein Seifersieder aufgegangen ist.

In der sich anschließenden Debatte sprach der Kommunist Höllein aus Jena. Die hallischen kommunistischen Führer haben auch alle Ursache, das politische Tageslicht zu scheuen und sie halten es deshalb für besser, einen, mit den hiesigen Verhältnissen weniger Vertrauten vorzuschieben. Herr Höllein baute ein wunderbares Gedankengebäude auf. In 1stündiger Rede entwickelte er die Schwächen des Kapitalismus und gab allgemein bekannte Tatsachen von der Produktion und der Konsumtion. Nur wenige in dieser Versammlung werden nicht der Meinung gewesen sein, daß Herr Höllein mit seiner langen Rede bestreit war, die durch die Darlegungen der beiden ersten Redner für die Kommunisten so unangenehm gewordene Situation zu umgehen. Er machte es sich leicht, sehr leicht und verstand mit vielem Geschick, das was zur Tagesordnung stand, nicht zu behandeln. Es ist immer wieder dasselbe Bild, was diese „Führer" der Arbeiter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0005

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiterjugend. Dienstag abend, 8½ Uhr, findet im Witzdorfs Gesellschaftshaus eine wichtige Zusammenkunft statt. Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinskalender.

Metallarbeiter. S. P. D. u. U. S. P.-Mitglieder. Mittwoch, den 6. Apr. l., abends 6 Uhr, in Witzdorfs Gesellschaftshaus gemeinsame Besprechung. Legitimation ist mitzubringen.

---

schaft nach einer verunglückten Aktion zeigen: Sie stehen in der Ecke und wollen es nicht gewesen sein. Auch Herr Hölein dürfte, trotz seiner schönen Gedankenkonstruktion, nicht in der Lage sein zu beweisen, daß der wahnsinnige Narrenstreich der Kommunisten, dieses ungeheuerlichste aller kommunistischen Verbrechen am Proletariat, eine impulsive Massenbewegung war. Nein, der Putsch war lediglich ein wüster Hetz- und Terror-Akt. — Der Debatteredner zeigte auch nicht einen einzigen Ausweg aus dem „Zusammenbruch des Kapitals", den er so glänzend beschreiben konnte. Auch das dürftigste Hirn wird aus der Phrase „Nur der Kommunismus bringt Erlösung" nichts hierfür einnehmen können.

Die größte Aufgabe der Sozialdemokratie ist, das hat der Verlauf des Putsches bewiesen, unentwegt für Aufklärung in den Massen zu sorgen. Das Gift des „Klassenkampf" und der „Mansfelder Volkszeitung" muß ausgetrieben werden. Die Erziehung der Arbeiterschaft zum sozialistischen Denken und Handeln muß das Leitgeiß aller Agitation sein. **Ans Werk Genossen!**

Die Allgemeine **Ortskrankenkasse** siedelt in diesen Tagen in ihr neues Verwaltungsgebäude, Kle ne Klausstr. 16 (früher Ev. Vereinshaus) über. Zu diesem Zwecke bleiben die Geschäftsräume der Kasse am Mittwoch für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Kriegsanleihe. Die im Jahre 1916 von den Schulkindern oder deren Eltern in den Mittel- und Volksschulen gezeichneten und eingezahlten Beträge zum Ankauf von Kriegsanleihestücken werden, wie die Kriegsanleihekasse der städtischen Volks- und Mittelschulen mitteilt, im Monat Juni d. J. zurückgezahlt werden. Ueber Ort und Zeitpunkt der Auszahlung ergeht später besondere Bekanntmachung.

Größe der Postkarten. Ueber die zulässigen Abmessungen der Postkarten bestehen in Verkehrskreisen vielfach Zweifel. Die von der Postverwaltung ausgegebenen Postkarten haben die Größenmaße 14 : 9 Zentimeter, wie sie als obere Grenze in den Bestimmungen des Weltpostvertrags vorgeschrieben sind. Die nicht von der Post bezogenen Postkarten dürfen in Form und Pappstärke nicht wesentlich von den amtlich ausgegebenen abweichen und nach einem im Jahre 1919 gemachten Zugeständnis nicht größer sein als die von der Postverwaltung ausgegebenen Paketkarten, deren Abmessungen auf 15,7 : 10,7 Zentimeter festgesetzt sind. Es gelten also als äußerste Grenze für die nicht amtlichen Postkarten im inneren deutschen Verkehr die Maße von 15,7 : 10,7 Zentimeter. Werden diese in der einen oder anderen Richtung überschritten, so unterliegt die Postkarte nach der Postordnung dem Briefporto und wird nach dem Postgebührengesetz mit dem Doppelten des zur Briefgebühr fehlenden Betrags belegt. Um solche Gebührenbelastungen und die damit verbundenen Weiterungen zu vermeiden, ist dringend zu empfehlen, die Postkarten so herzustellen, daß sie unter allen Umständen im Rahmen der Höchstmaße von 15,7 : 10,7 Zentimeter bleiben. Die Verwendung kleinerer Maße als diese ist zweckmäßig, da sich bei der Herstellung der Karten Ungleichheiten aus technischen Gründen nicht immer vermeiden lassen. Nach dem Ausland dürfen nur Postkarten mit Ausmaßen von höchstens 14 : 9 Zentimeter verwendet werden.

Allgemeinverbindlichkeitserklärung des 3. Lohntarifnachtrages für die Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe von Halle und Umgegend. Das Reichsarbeitsministerium gibt unter dem 23. März 1921 folgendes bekannt: Zwischen dem Arbeitgeberverband für das Handelsu- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend E. V. und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Halle a. S., ist am 6. Januar 1921 ein Nachtrag zu dem allgemeinverbindlichen Tarifvertrage vom 1. Februar 1920 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe abgeschlossen worden. Dieser Nachtrag wird im gleichem Umfange wie der Tarifvertrag vom 1. Februar 1920 gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemeinverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1921. Der Reichsarbeitsminister. Im Auftrage: Meyer.

Ueberfall. In letzter Nacht wurde in der Robert-Franz-Straße ein Reichswehrsoldat in bewußtlosem Zustande mit gezogenem Säbel in der Hand aufgefunden. Vermutlich liegt Ueberfall vor. Der Aufgefundene wurde mit dem städtischen Krankenwagen der Klinik zugeführt.

Deutsche Kinderhilfe. Wegen des bestehenden Belagerungszustandes sind die Haus- und Straßensammlungen sowie verschiedene andere Veranstaltungen für die Kinderhilfe auf den Mai verschoben worden.

Deutscher Rentnerbund, Ortsgruppe Halle. In Steuerangelegenheiten rat suchende Mitglieder erhalten Auskunft Donnerstag, den 7. 4., vorm. 9—12 Uhr und folgende Tage im Hotel Kaiserhof, Reitstr. 132.

Die gefährliche Abenteuerin. Vorführung in den U.-T.-Lichtspielen an der Alten Promenade. Eines von den Spielen, die nicht auf die Lachmuskeln wirken, die den Geschmack des Publikums verderben und dem Film keine Ehre machen. Ist schon das Manuskript ein ganzes Tohuwabohu, eine Räubermoral, so sollte die Darstellung noch mehr ab. Maria Widal ist nur in einer Beziehung Künstlerin: Ihre Mimik ist gekünstelt, ihre Gebärde ist gekünstelt, ihre Bewegung ist gekünstelt. Sonst kann ich nichts Positives auf ihr Konto buchen. — Man ist ordentlich froh, Leo Peukert in einem Lustspiel voll Witz und Behagen zu sehen. Wenigstens ein Lichtblick in der Steppe. H—r.

Beschwerden unserer Leser

über den redaktionellen oder Inseraten-Teil der „Volksstimme", sowie Beschwerden der Berichterstatter sind an den Vorsitzenden der Preßkommission, **Hermann Garbe**, Harz 42/44, zu richten.

Beanstandungen in der Zustellung des Blattes wolle man dem Verlag Volksstimme G. m. b. H., Gr. Ulrichstr. 27, melden

Die Preßkommission.

Die Walhalla-Lichtspiele bringen diese Woche wieder eines der beliebten Film-Singspiele. Rheinzauber, so ist jein Name, bringt Schönheiten für Auge und Ohr. Prächtige Naturbilder geben den Anlaß, die entsprechenden Melodien erklingen zu lassen. Orchester und Sänger bringen klangvoll „An der Weser". „Ich weiß nicht was soll es bedeuten", „Wie die Tage so golden verfliegen", Wanderlieder und andere Weisen zu Gehör. Selbst die Loreley zeigt sich in entsprechender Gestalt. Es ist eine Darbietung, die nicht nur allein angenehme Empfindungen loslöst, sondern auch einen ziemlich anerkennenswerten Kunstgehalt aufzuweisen hat. T.

Stadttheater. Die Vorstellungen im Stadttheater beginnen bis auf weiteres abends 7 Uhr. Heute Dienstag gelangt das Lustspiel „Doktor Klaus" von L'Arronge zur Aufführung. Mittwoch „Wenn Liebe erwacht", Donnerstag „Menagerie", Freitag „Hamlet", Sonnabend „Drum prüfe, wer sich ewig bindet" (Don Basquale), Operette von Dontzetti. Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag abend „Undine".

Freie Volksbühne Halle. 5. Werk (Uriel Acosta). Anfang bis auf weiteres 7 Uhr. Spielplan: E: Mittwoch, den 6., F: Sonnabend, den 9., O: Dienstag, den 12., H: Donnerstag, den 14., I: Sonnabend, den 16. April.

Orchester-Konzert für die Kinderhilfe. Der Ortsausschuß für die deutsche Kinderhilfe in Halle hat zwar beschlossen, die Kinderhilfsveranstaltungen bis auf Weiteres zu verschieben — bei dem großen Konzert des Stadttheater-Orchesters im Thaliasaale heute Dienstag, den 5. April, nachm. 6 Uhr, ist ein Verschieben aber nicht mehr möglich. Das Konzert findet also unter allen Umständen statt. Zu beachten ist, daß es schon um 6 Uhr nachm. beginnt (nicht 7½ Uhr, wie an den Anschlagsäulen steht).

Provinz und Umgegend.

Berichtigung reaktionärer Meldungen.

Unser Ortsverein Naundorf-Lauchhammer teilt uns mit, daß die Zeitungsnachrichten über einen Generalstreik auf sämtlichen Werken der Lauchhammer A. G. (Grube, Kraftwerk, Maschinenfabrik und Emaillierwerk) nicht der Wahrheit entsprechen. Nur die Elektrizitäts-, Metall- und Holzarbeiter befinden sich seit 23. März in einem Streik, der von Lohnforderungen ausgegangen ist, noch jetzt fortgeführt wird und keinen politischen Charakter trägt.

Die Säuberungsaktion im Geiseltale.

Die Säuberung des Geiseltales ist mit dem letzten Montag beendet worden. Es ist gelungen, zahlreiche Rüstkästen der Kommunisten auszuheben. Auch wurden viele der Beteiligung an dem Wahnsinnsterror Verdächtige verhaftet. Die größten Verwicklungen dürften hinter uns liegen. Die Gefahr ist gebannt, wenn auch die Rechtspresse täglich von neuen bevorstehenden Schlachten faselt, um ihre Selbstschutzverbände marschieren lassen zu können

Scharfe Absage der hiesigen Arbeiterschaft an die KAPD.

Aus Helbra wird uns berichtet: Die „Aktion der Kommunisten" hat in Mansfeld wie ein taktes Sturzbad auf die bisher von kommunistischen Kulissenschiebern irregeführte Arbeiterschaft gewirkt. Namenloses Elend ist über die Bevölkerung gekommen. Vielen Arbeitern haben die Ereignisse gezeigt, wohin in Wirklichkeit die Reise auf dem Moskauer Dirigentenwagen gehen soll. Die Erkenntnis wächst. Es ist ein außerordentlich erfreuliches Zeichen, daß die hiesige Arbeiterschaft gestern geschlossen unserem Rufe zu einer öffentlichen Volksversammlung folgte und energisch gegen den gewissenlosen Frevel der Schneider und Konsorten protestierte. Die von zirka 400 Bergarbeitern besuchte Versammlung zollte unseren Genossen Harnack und Wuschik (Berlin) für ihre mit großer Gründlichkeit vorgenommenen Demaskierung der heuchlerischen kommunistischen Putschtaktiker demonstrativen Beifall. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heute in Helbra tagende Versammlung verurteilt auf das schärfste die kommunistische Irreführung der Massen und spricht ihre tiefste Entrüstung aus über das verbrecherische Gesindel, das durch Rauben, Plündern, Morden, das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weist ferner jede Gemeinschaft mit der KAPD. entschieden von sich, nachdem diese Partei offen dazu aufgefordert hat, die Funktionäre der SPD. und USPD. und der Gewerkschaften vor allen anderen Bürgern totzuschlagen. Sie hat somit in roher Weise den Haß gegen die eigenen Klassengenossen gepredigt. Die Versammlung erklärt ferner, in Zukunft nur den Anweisungen der freien Gewerkschaften und der Betriebsräte, welche die Satzungen des ADGB. anerkennen, Folge zu leisten. — Es ist dies ein Flammenzeichen aus dem bisher für die SPD. unzugänglichsten Bezirk. Die übrige, ebenfalls von den Kommunisten irregeleitete Arbeiterschaft wird ihre Absage an die politischen Drahtzieher der KAPD. noch eben so deutlich kund geben.

Lagebericht aus dem Kreise Liebenwerda.

Sonnabend, den 2. April, abends 6 Uhr: Aeußerlich ruhig, außer Patrouillenschießerei östlich Gehölz Pommerheide bei Mückenberg. Durch Handgranatenexplosion infolge Unfalls ein Soldat und 2 Zivilpersonen getötet, einige Verletzte. Bisher über 50 Verdächtige verhaftet, an 30 nach Torgau abtransportiert. Bevölkerung des Ländchens und Schrdens verlangt Verbleib militärischer Hilfe solange bis ständig Schupo im Kreise postiert, damit sich derartige Vorfälle und Nachaelte nicht wiederholen. Antrag wird von den Behörden bei den oberen Regierungsstellen auf das Dringlichste befürwortet.

Sonntag, den 3. April, abends 6 Uhr. Eine nach Ortrand entsandte Radfahrpatrouille von zusammengerotteter Menge bedrängt. Es gelang ihr jedoch sich derselben durch Kolbenbenutzung und Abgabe von Schreckschüssen zu erwehren. Einer der vermutlichen Haupträdelsführer, der Inspektor des Vorwerkes Rotes Buschhaus, der auch als Mitbeteiligter an dem Kassenraub in Lindenau verdächtig ist, wurde festgenommen. Sonst ruhige Belegschaft der elektrischen Zentrale Lauchhammer und des Eisenwerkes bittet mitzuteilen, daß dort der Streik rein wirtschaftlicher Natur ist, und mit den Unruhen in keiner Weise zusammenhängt.

(Vorstehende beide Berichte am 2. bezw. 3. April fernmündlich an O. P. und Regierung voraus.)

Zusatz: Von nichtamtlicher Seite werden in deutschen Zeitungen außerordentliche Nachrichten über die Unruhen im Kreise verbreitet. Es sei hiermit festgestellt, daß in Liebenwerda selbst die Räterepublik nicht ausgerufen worden ist, sondern daß sich die Kreisstadt in vollkommener Ruhe befindet.

Naumburg. Die Säuberungsaktion. Nachdem am 1. April bei der Säuberung des Geiseltales 50 Aufrührer gefangen genommen wurden, wird heute das Unstrutthal von Nebra und Naumburg aus durchstreift werden.

Dürrenberg. Ein pikantes Histörchen. Hier hat bekanntlich auch der Kommunistenterror wild gewütet. Einige Tage lang waren die KAPD.-Leute Herren der Lage. Sie nahmen Requisitionen und Kassenräubereien in großem Stile vor. Ueberlegung es dem Fahrradhändler Wilde, dem sie sämtliche vorhandenen Räder wegholten, obwohl der Mitglied der KAPD. ist. Das Mitgliedsbuch hat ihm aber nicht vor Schaden bewahrt. Hoffentlich geht ihm auch ein Licht über die „hohe Mission der Leninjünger" auf.

Kemberg. Sparkassenbilanz. Bei der Stadtsparkasse gingen im März 213 300 Mk. als neue Einlagen ein, zurückgezahlt wurden 190 228 Mk. Die Gesamteinnahme bezifferte sich auf 284 141 Mk., die Gesamtausgabe auf 265 632 Mk., was einen Geldumsatz von 549 173 Mk. ergibt. — Bei der am 6. Januar eröffneten Girokasse wurden im März 123 194 Mk. eingezahlt. Die Giroüberweisungen betrugen 181 591 Mk. Der Geldumsatz bezifferte sich auf 247 072 Mk. Die Kontenzahl ist um 9 auf 52 gestiegen.

Kleines Feuilleton.

Stadttheater.

Gastspiele von Gertrud Kappel (Hannover) in „Tannhäuser" und „Fidelio".

Gastspiele waren in früherer Zeit bedeutungsvolle Ereignisse im Theaterleben. Wenn auch durch den Belagerungszustand manches Kunstfreund von dem Besuch der Freitag- und Sonnabendvorstellung im Stadttheater aus berufischen Gründen abgehalten wurde, so ist es doch immerhin bedauerlich, daß sich nicht mehr Zuhörer eingefunden hatten. Die Direktion müßte in ihrem Vorhaben, auswärtige, bewährte Kräfte für Gastspiele zu verpflichten, auf das weitgehendste unterstützt werden. Daß Gertrud Kappel (Hannover) eine der tüchtigsten Vertreterinnen ihres Faches ist, zeigte sie als Elisabeth im „Tannhäuser" und als Fidelio in Beethovens gleichnamiger Oper. Ich hatte früher Gelegenheit, die Künstlerin als Isolde auftreten zu sehen. Wie damals, so wurde ich auch diesmal wieder von dem tief ergreifenden Spiel, von dem wundervollen Stimmaterial gefesselt. Ihr ist es auch in erster Linie zu danken, daß die Aufführungen sich auf künstlerischer Höhe bewegten. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die Rolle der Elisabeth im zweiten Akt des „Tannhäuser". Hier konnte ihre dramatische Gestaltungskraft zu recht zur Geltung kommen. Da sah man keine gelernten Bewegungen — ungezwungen und natürlich aus einem seelischen Erleben heraus gestaltete sie die Rolle der Fürstentochter. Aber nicht nur darstellerisch, auch gesanglich entsprach sie den Erwartungen. Die musikalische Sicherheit, die vollständige Beherrschung der melodischen Linien und die feine Herausheburg der Schattierungen machten die Elisabeth zu einer Glanzleistung.

Als Fidelio brachte sie die äußere Erscheinung des Schließergehilfen mit, eine Jünglingserscheinung, die wohl geeignet ist, das Herz einer Wäscherin zu entflammen. Sie sang die gewaltige Partie technisch vollendet und entfaltete besonders in der G-Dur-Arie, die an die Stimme die höchsten Anforderungen stellt, eine gedankenschärfe Lyrik und ein Temperament, die erstaunlich war. Der stürmische Beifall war wohl berechtigt. Lobend ist noch die Inszenierung Leopold Sachses zu erwähnen, die prächtige Bühnenbilder geschaffen hat, um die uns manches Theater beneiden wird. Nicht ganz befriedigen konnte das Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Felix Wolfes. Abgesehen vom zweiten Akt des Tannhäuser, war die Wagnersche Oper zu farblos, zu wenig kraftvoll. Man vermißte die dramatische Steigerung, besonders in der Ouvertüre, Felix Wolfes hätte viel mehr herausholen müssen. Vom Chor wollen wir lieber schweigen. Bei der Fidelio-Aufführung gefielen Orchester und Chor besser.

Von den Solisten sei nur Hans Waldburg erwähnt, der leider etwas abfiel. Darstellerisch war er den Anforderungen wohl gewachsen, aber stimmlich konnte er nicht das Material aufweisen, das besonders von einem Tannhäuser-Sänger verlangt werden muß. Carlaugust Neumann zeigte als Wolfram im „Tannhäuser" recht gute Anlagen. Nur hätte er das Lied an den Abendstern nicht sitzend mit gebeugtem Haupte, sondern stehend, nach dem Abendstern hinsehend, singen müssen. E. Pr.

Weltrevolution.

Ich höre das Wort „Weltrevolution" und sehe tausende von Gesichtern, Menschen angehörend, die keinen Ausweg aus ihrem dürftigen Leben finden, hoffnungsvoll aufleuchten.

Ich höre das Wort „Weltrevolution" und weiß, daß der, der es ausspricht, nur einen funkelnden Glanz, der seinen Ehrgeiz befriedigt, als den Begriff Weltrevolution in der Seele hat.

Ich höre das Wort „Weltrevolution„ und sehe ein unerbittliches, gefühlloses Schicksal, das Millionen Menschenleben, Menschenglück und Menschenwerk in starkem, hemmungslosem Schreiten zermalmt. Ich sehe Besitzlose, die die Hände in den Taschen ballen und mit wachsendem Grimme hinüberschauen zu den Schloten und Schächten, in denen sie für kargen Lohn ihr Leben verschuften, die hasserfüllten Blickes hinüberdrohen zu den Villen derer, die alles das noch bekommen, was durch jahrelangen Kriegswahnwitz so verschuldet ist bis auf weniges, das die Besitzenden aufsaugen.

Ich sehe die Millionen Menschen in Massenquartieren neben stilliegenden Fabriken hungern und frieren; ich sehe die Bauern ihre Ernten so teuer wie möglich verkaufen und die Gesichter in Wut verzerren, wenn ihnen der Staat bis weniges Geld ihr Korn wegholt, um die hungrigen Mäuler der großen Masse zu stopfen.

Ich sehe, wie ehrgeizige oder erdenfremde Agitatoren aufpeitschen die Hungernden, ihnen Brot und bequeme, zufriedene Arbeit vormalen, bis sie ihnen zurufen:

Schafft uns, was ihr verspricht, wir folgen euch, wir geloben es!

Und ich fühle das Mißtrauen von Nachbar zu Nachbar schleichen, fühle, wie die Wut, die nicht überlegt, ob sie ihrem Träger gut tut, der Blinde Haß größer und größer wird.

Und Besitzende, blind und taub für die Not der Welt, kämpfen erbittert um jeden Heller, den sie abgeben sollen, kaufen sich Stimmen, Leamte, die für ihre Habgier den Regierenden, die das Volk mit dem Nötigsten versorgen wollen, entgegenarbeiten; schüren so den Haß der Besitzlosen, flechten um ihn die Glorie des gerechten Hassens, jagen sie zu sinnlosem Fäusterheben, Zerstören.

Sie bricht zusammen, die aus schrankenloser, „freier" Selbstsucht erbaute Weltordnung, Bürger wüten gegen Bürger, Maschinengewehre rattern in den Straßen, Hungernde plündern die Dörfer, das letzte Saatgut für ihre hungrigen Frauen und Kinder mit sich fortschleppend, unwissende und böswillige Hände zerbrechen den feinen Mechanismus der Arbeit und Brot schaffende Maschinen, Stand wütet gegen Stand, Land gegen Land, Seuchen triumphieren über die Menschen, die keine Medikamente mehr schaffen, ein einzig Kampf- und Wehgeschrei umschallt jahrzehntelang den Erdball.

Das ist die Weltrevolution!

So nur wirkt sie, zündet die Menschheit in blindem Wüten, naturgetrieben, das eigene Haus an.

Wäre es nicht besser, langsam, erwägend und rechnend umzubauen? Umtralle jeder sein Eigentum, lasse jeder die Verzweiflung, die Not und den Hunger um sein Haus steigen, besorgend nur, daß er im Trockenen sitze, so kommt die Weltrevolution, wie eine verheerende Flut schwemmend durch die festesten Türen, über die höchsten, die trockensten Plätze.

Weltrevolution? Wenn sie Blindheit der Millionen und Millionäre zum Weltbürgerkrieg werden läßt — ein furchtbar hartes Verhängnis — noch furchtbarere Zeiten wie die „herrlichen Zeiten" des „Stahlbaden" von vorgestern.

Samiss.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0006

Zörbig. Unsicherheit in der Umgebung. Abgesehen von einem kurzen Besuch bewaffneter Kaminer am ersten Osterfeiertag Abend, die angeblich auch diesesmal, wie schon in den vorjährigen Märztagen, nur gekommen waren, um in Zörbig ihre etwas eigenartig ausschauende „Ordnung herzustellen", sind wir hier am Orte glücklicherweise von den „Kriegsereignissen" verschont geblieben; auch die Wiederaufnahme der Arbeit, die überhaupt nur teilweise am Ostersonnabend niedergelegt war, wurde bereits in einer Versammlung am Mittwoch vormittag beschlossen und schon zum Nachmittag durchgeführt. Um so größer aber ist die Unsicherheit der Straßen in der Umgebung. Noch am Freitag nachmittag sind Frauen auf dem Wege von Rodgen hierher angehalten und bedroht worden. Zu gleicher Zeit passierten mit Maschinengewehren bestückte Lastautos der Sipo mit einer Radfahrerpatrouille die Stadt in der Richtung von Bitterfeld nach der am meisten gefährdeten Gegend um den Petersberg. — Es verlautet hier, daß das benachbarte Bitterfeld eine dauernde Sipogarnison erhalten soll. Dabei durchschwirren die tollsten Gerüchte den Ort, so daß die von der Sipo Gefangenen gleich auf der Stelle abgeurteilt würden, daß Polen uns den Krieg erklärt habe und dergl.

Sandersdorf bei Bitterfeld. Der verfahrene Karren der Kommunisten. Am Freitag, den 1. April wurde auch auf der hiesigen Louisengrube die Arbeit im vollem Umfange wieder aufgenommen. Abermals wurde von dem Aktionsausschuß der KPD. versucht, die Arbeiter weiter zum Streik aufzuhetzen und einen Demonstrationszug zum Direktionsgebäude zu bilden, um so die Entlassung des Aktionsausschusses zu verhindern. Aber dem energischen Eingreifen unseres Genossen K. gelang es bald, die Mehrzahl der Arbeiter für sich zu gewinnen, wodurch der Antrag der KPD. alsbald tüchtig ins Wasser fiel und der Antrag unseres Genossen gegen zwei Stimmen angenommen wurde. Es gelang ihm, geheimes Stimmrecht durchzudrücken und hier zeigte sich natürlich die Mehrzahl der Stimmen für Arbeit. Aber auch jetzt noch wurde versucht, wieder für den Streik zu agitieren, welches aber immer wieder durch unsere Genossen zu nichte gemacht wurde. Und nach zwei Stunden heftiger Auseinandersetzung wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Auch hier ein Zeichen, daß die Arbeiter mit Gewalt zur Arbeitsniederlegung gezwungen wurden. Nachdem nun die Karre in den Dreck gefahren ist und die Mitglieder des Aktionsausschusses entlassen werden sollen, will man auch unsere Stimmen dazu gebrauchen, um die Wiedereinstellung zu ermöglichen. Am Sonnabend, den 26. März, als die Belegschaft zur Abstimmung schritt, wurde der Antrag unseres Genossen niedergeschrien. Infolgedessen ruht auch jetzt die Verantwortung auf den Schultern derer, die für den Streik stimmten. Am gleichen Tage wurde die Belegschaft der Louisengrube auch hier gewaltsam aus dem Betriebe herausgeholt, worauf zunächst eine Belegschaftsversammlung stattfand. Auch hier versuchte Genosse K. geheime Abstimmung zu ermöglichen und gab zu gleicher Zeit eine Aufklärung über die damalige Lage in Eisleben und die Handlungsweise der Schupo. Er wurde jedoch durch die Stimmen der KPD. niedergeschrien und die Abstimmung über Arbeit oder Streik geschah durch Handerheben, was natürlich zu Gunsten der KPD. ausfiel. Den Vorteil, der nun durch den Stimmenterror erzielt wurde, sehen wir nun bei der Abstimmung am Freitag, den 1. April. Genossen, macht die Augen auf, seht hin wo der Vorteil des Generalstreikes zu verzeichnen ist, und wo der Nachteil!

Raundorf. Die Plünderungen auf Rittergut Merbitz, Postamt und Bahnhof Raundorf. Am 31. März, morgens gegen 9 Uhr erschien auf Rittergut Merbitz ein Auto mit bewaffneten Kommunisten. Diese verlangten Geld und Lebensmittel, was ihnen anstandslos bewilligt wurde. Als sie tüchtig gespeist und sich noch reichlich mit Lebensmitteln versehen hatten, mußte Frau Rittmeister Bieler noch verschiedene Schränke aufschließen, aus welchen sie sämtliche Kleidungsstücke und Pelzsachen mitgehen hießen. Mittlerweile waren 24 Wagen, vollbesetzt mit bewaffneten Kommunisten, auf dem Hofe erschienen. Diese nahmen noch sechs Paar Pferde, Kutschen und Wagen mit und zogen weiter nach Wettin. Auch wurde Rittmeister Steiger als Geisel bis Wettin mitgeschleppt. Hier wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Ich möchte noch erwähnen, daß die Firma Bieler ihren Arbeitern einigermaßen guten Lohn verdienen läßt und die Behandlung auch nicht schlecht ist. Das Auto fuhr von hier aus nach dem Postamt Raundorf. Hier wurden sämtliche Telephonleitungen zerschnitten, die Beamten mit Waffen bedroht und 17 000 Mk. geraubt. Dann ging es auf den gegenüber liegenden Bahnhof. Hier wurde ihnen durch die Entschlossenheit des Vorstehers ein Strich durch die Rechnung gemacht. Dieser hatte sich nämlich mit den Kassenschlüssel entfernt. Nun wurde der Bahnhof nach ihn abgesucht, auch seine Wohnung wurde nicht verschont. Seine Frau drohte man mit Erschießen, wenn sie nicht verraten würde, wo sich ihr Mann aufhält. Die Frau liegt heute noch schwer krank im Bett vor Schreck. Die ganze Wohnung wurde durchgewühlt und alles durcheinander geworfen. Auch stärkten sich die sauberen Herren an der Kindermilch. Aus Aerger, daß der Vorsteher nicht zu finden war, zerstörten sie sämtliche Leitungen und Telephons. Auch wurde der inzwischen eingefahrene Personenzug 989 nach Sipo und Reichswehr untersucht, dabei wurde einem Reisenden zweiter Klasse ein Koffer gestohlen. Der Koffer wurde ausgeraubt und man fand ihn später im Abort.

Bitterfeld. Verhaftungen. Militärischerseits erfolgten gestern in den Abendstunden noch mehrere Festnahmen von Teilnehmern des Rathaussturmes, welche auf der Rückkehr vom Gefecht bei Gräbers in der Gegend bei Ostrau der Reichswehr in die Hände fielen. Dieselben führten unter anderem Gelder in verschiedener Höhe mit sich, welches sie angeblich von ihrem Kommandeur, welcher sich ihnen als Hölz bezeichnete, erhalten haben wollen.

Mitteuberg. Wieder Ruhe. Am Sonnabend ist die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden. Der „Mitteud. Allgem. Ztg." zufolge kamen die großen Werke mit den Radikalen überein, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollten. Ueber die Wiedereinstellung von 33 Arbeitern, die die Stickstoffwerke verweigern, wird noch verhandelt. Die Zeitungen können endlich wieder erscheinen.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Merseburg. Wir bitten sämtliche Unterkassierer welche noch Sammelliste, Wahlfondsmarken und Beitragsmarken inne haben sobald als möglich im Parteibüro abzurechnen.
Der Vorstand.

Könnern (Saale). Am Donnerstag, den 7. April a. ends 7/8 Uhr, findet im Vereinslokal Steche unsere Mitgliederversammlung statt. Es liegt eine wichtige Tagesordnung vor, weshalb Genossinnen und Genossen erscheint vollzählig.
Der Vorstand.

Gräfenhainichen. Dienstag, den 5. April, abends 7/8 Uhr, findet im „Schützenhaus" unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.
Der Vorstand.

Wittenberg (Bez. Halle). Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, wichtige Mitgliederversammlung im Musik „Reichspost".
Der Vorstand.

„Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren..."

Ein Nachwort zum Dresdener Kulturtag.

Von Richard Lohmann.

Als vor einigen Monaten der Gedanke eines sozialdemokratischen Kulturtages zum ersten Male auftauchte, da erfaßten er vielen als ein Wagnis. Man war im Zweifel darüber, ob die Fragen einer kulturellen Erneuerung in Geiste sozialistischer Weltanschauung bereits reif seien zu einer Erörterung im großen Rahmen, im Zweifel auch darüber, ob schon jetzt genügend opferfreudige und tatkräftige Mitarbeiter innerhalb der Partei sich zu einer solchen Tagung einfinden würden. Der Erfolg hat die Skeptiker eines besseren belehrt: die Tagung wurde äußerlich eine machtvolle Kundgebung für den Kulturwillen der Sozialdemokratie, an der viele hundert Parteigenossen und unter ihnen allein über vierhundert sozialdemokratische Lehrer teilnahmen, sie war innerlich ein Erlebnis für alle Beteiligten und ein Marksteln in der Geschichte unserer Bewegung.

Und nun haben die politischen Ereignisse der letzten Wochen diese Tagung zugleich mitten in die Zusammenhänge des Geschehens der Gegenwart gestellt, haben ihn den Charakter einer aktuellen programmatischen Demonstration verliehen. Wie einst in den Berliner Spartakustagen ein Häuflein unerschrockener Parteigenossen vor den geplünderten und verwüsteten Geschäftsräumen des Propagandabüros Flugblätter „Für Recht gegen Gewalt" in die vorbeiziehenden Massen warf, so erhoben die Teilnehmer der Dresdener Tagung durch den Mund des Vorsitzenden der Partei Protest gegen den Geist der Unkultur, gegen Verbrechen und Wahnsinn, die unter der Maske des Sozialismus unser Land durchrasen, demonstrierten sie mit der Tat dieses Kulturtages für den Sieg der Vernunft, für eine geistige und sittliche Erneuerung der Menschheit, für die Ziele und Kampfmethoden einer wahrhaft sozialistischen Kultur.

Man macht unserer Partei ja so gern den Vorwurf des Prinzipienverrats. Wenn man die Ereignisse, die sich in der letzten Woche in Mitteldeutschland abspielten, mit der gleichzeitigen Dresdener Tagung der Sozialdemokratischen Partei vergleicht, so erkennt man schlaglichtartig, besser als durch alle papierenen Deduktionen, wo in Wahrheit Verrat am angeblich gemeinsamen Ziele, Verrat am Sozialismus, Verrat an der Arbeiterschaft geübt wird.

Gerade in kulturpolitischen Fragen hat man unserer Partei von radikaler Seite her eine Verleugnung ihrer alten Ziele vorgeworfen. Und fast schien es, als ob man eben darum auch anfangs dieses Kulturtage mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstand, als ob man eher ein Abbiegen von der klaren Linie, ein Bremsen und Abwiegeln erwartete als neue starke Impulse. Die Tatsache, daß der Vorsitzende der Tagung zugleich verantwortlicher Leiter der Kulturpolitik der Reichsregierung war, mochte diesen Befürchtungen neue Nahrung gegeben haben. Der Verlauf der Tagung hat das Gegenteil bewiesen. Er hat einmal gezeigt, daß unsere führenden Kulturpolitiker sich in erster Linie als Parteigenossen fühlen und betätigen und er hat Zeugnis abgelegt von den starken vorwärtsdrängenden Kräften innerhalb der Partei, von dem Willen den Sozialismus als Weltanschauung, als eine höhere Form menschlicher Kultur zu erleben und zu verwirklichen.

Bei alledem hat sich dieser Kulturtag erfreulicherweise ferngehalten von jenem Wortradikalismus auf kulturellem Gebiete, von der kulturpolitischen Phrase, die das Gegenstück bilden zu dem Radikalismus des Terrors und des Wahnsinns auf wirtschaftlichem Gebiete. Er hat an Stelle des kommunistischen Schlagwortes von der Schultrevolution, von dem Mut zum kulturellen Chaos praktische Gegenwartsarbeit zu leisten versucht in der Lösung der wichtigsten Fragen auf dem Gebiete der Schulerneuerung und der Ausgestaltung unseres Volksbildungswesens. Er hat aufs neue den Beweis dafür erbracht, daß nur der zum Ziele gelangen kann, der den Mut hat, den ersten Schritt zu tun, der über dem Ausblick zum Ziel nicht den Weg verliert.

Die jetzt „mit dem Rüstzeug der Barbaren" dem Sozialismus näher zu kommen glauben, haben den Weg verloren, auf dem die Sozialdemokratie zwei Menschenalter lang vorangeschritten ist. Der Dresdener Tag zeigte, daß die Sozialdemokratische Partei diesen Weg noch kennt, daß sie bereit ist, den Kampf um eine höhere Form der menschlichen Kultur, wie es in der Entschließung des zweiten Tages heißt, mit den bewährten politischen Kampfmethoden der Sozialdemokratie, insbesondere mit praktischer Kulturarbeit zu führen. Gerade die Massen nur zu leicht irregeleiteter Arbeiter und Arbeitslosen, die aus ihrer ganz gewiß bitteren Not durch Zertrümmerung und Vernichtung des Wirtschaftslebens wie der kulturellen Güter des Volkes herauszukommen wähnen, weisen uns aufs neue darauf hin, welche gewaltige Aufklärungsarbeit noch zu leisten ist, bis wir aus Menschen, die den Namen Sozialismus im Munde führen, Sozialisten der Gesinnung und des Wissens gemacht haben.

Den Abschluß des Kulturtages bildete eine Führeraussprache unserer Arbeiterjugend. Auch hier drängte sich mit unmittelbarer Gewalt der Vergleich mit den Geschehnissen draußen auf. Hier eine innerlich von der Macht des Sozialismus ergriffene Jugend, ringend im geistigen Kampfe um die höchsten Probleme, die einer Verwirklichung der neuen Kultur gestellt sind. Dort eine Schar junger Arbeiter und Erwerbsloser, die sich fertig dünkt, wenn sie das Wort vom proletarischen Klassenkampf im Munde zu führen gelernt hat, und die diesen Klassenkampf nun mit dem Rüstzeug der Barbaren zu führen versucht.

Niemand konnte sich stärker und unmittelbarer die Schwierigkeit unserer noch zu leistenden Kulturarbeit vor die Augen stellen als gerade in diesen Tagen, nie sahen wir klarer, welch weites Feld hier noch vor uns liegt. Und fast möchte man glauben, daß jene, die mit den Mitteln der Reaktion die Reaktion zu bekämpfen unternehmen, doch wieder der versinkenden Kultur zu neuer Auferstehung verhelfen und der eben werdenden sozialistischen Kultur ein frühes Grab schaufeln. Aber innere Erlebnisse, wie sie uns dieser Kulturtag brachte, das Erlebnis eines trotzigen „Dennoch", eines ungebrochenen Willens zu neuer Lebensgestaltung, das Erlebnis einer zielklaren, verantwortungsbereiten, starken Partei entreißen uns wieder dem Pessimismus und lassen uns aufs neue glauben an den Sieg der Vernunft über den Geist der Unkultur, an den endlichen Sieg der Kulturarbeit im Geiste der Sozialdemokratie über die Anbetung der rohen Gewalt, an das Schwert des Geistes, das den Unverstand der Massen durchdringt und „der Freiheit Scharen", die Wegbereiter einer neuen Kultur, zum Siege führt.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Gewerkschaftliches.

Das Arbeitsloseprogramm des ADGB. und der Kommunistenputsch.

Gegen die kommunistische Ausschlachtung der Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Beschaffung von Arbeit für die Erwerbslosen wendet das Korrespondenzblatt des ADGB. sich mit folgenden sehr deutlichen Ausführungen:

Die Kommunisten brauchten Gründe für ihre wahnwitzigen Generalstreik- und Putschparolen, und da die bisher verzapften Begründungen, wie „weißer Schreden", „Orgeschabwehr", „Börsingkante", „Weltrevolut on" usw. keine rechte Zugkraft hatten, so greifen sie in ihrer Not wieder zu dem noch vor wenigen Tagen als „Arbeitsgemeinschaftsopiodium" geschmähten Arbeitslosenprogramm des ADGB. In einem Aufruf der „Roten Fahne" vom 26. März wird erklärt, daß der ADGB. nur unter dem Druck der kommunistischen Kundgebungen sich veranlaßt gesehen hätte, die zehn Forderungen aufzustellen, aber bis heute noch nichts zu deren Verwirklichung getan habe, während das Unternehmertum bereits auf der ganzen Linie seinen Widerstand gegen diese bescheidenen Forderungen ankündige. Weiter wird darin erklärt:

„Wir Kommunisten haben das deutsche Proletariat aufgerufen zum Kampf, zum umfassenden Generalstreik für die Erkämpfung und Sicherung seiner Existenz. In diesem Kampf ist eingeschlossen ein solcher um die zehn Punkte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes."

Wir können an dieser Stelle nur wiederholen, was bereits die Kundgebung des Bundesausschusses des ADGB. gegen die kommunistischen Putsche zum Ausdruck brachte; daß diese Bewegung nichts mit gewerkschaftlichen Bestrebungen gemein hat. Der Vorstand des ADGB. hat sein Arbeitslosenprogramm nicht auf kommunistischen Druck, sondern mit Rücksicht auf die Notlage der Arbeitslosen aufgestellt und bereits Schritte zu dessen Durchführung getan. Er hat dieses Programm in seinem bekanntlichen Teil im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Annahme gebracht und mit den verschiedensten zuständigen Regierungsressorts über die Bereitstellung von Notstandsarbeiten und öffentlichen Aufträgen, sowie über die Grundsätze, nach denen hierbei Arbeitslose zu beschäftigen sind, verhandelt. Das weiß die „Rote Fahne", denn sie hat selbst am 22. März über eine solche Verhandlung berichtet, damals freilich in abfälligem Sinne. Wenn sie heute plötzlich sich wieder dieses Programms erinnert und für diese zehn Forderungen die Arbeitslosigkeit in den Generalstreik treiben will, so kennzeichnet ein solches Verlegenheitsmanöver nur die ganze Kopflosigkeit des kommunistischen Generalstabs, der jeden Tag neue Parolen ausgibt und schließlich selber nicht mehr weiß, wofür er die Arbeitermassen bluten läßt. Der ADGB. hat keinen Augenblick daran gedacht seine zehn Forderungen mit Putsch und Generalstreik durchzusetzen denn dies wäre das allerungeeignetste Mittel, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen. Es hieße, die Kuh einfach totschlagen, weil sie nicht genug Milch gibt. Wir können die Arbeiterschaft nur wiederholt auf das nachdrücklichste vor der Irreführung warnen, daß sie für die Forderungen des ADGB. in den Generalstreik treten müßten. Der ADGB. hat nicht das mindeste mit diesem kommunistischen Wahnwitz zu tun.

Gescheiterte zentrale Lohnverhandlungen im Maschinenbidergewerbe

In den Tagen vom 21. bis 23. März fanden in Jena zentrale Verhandlungen über die Neuregelung der Stundenlöhne im Maschinenbidergewerbe unter Leitung der Herren Stadtrat Dr. Hiller (Frankfurt a. M.), Obergewerberichter Sartorius (München) und Landrichter Dr. Sundsloh (Hamburg) statt. Von Arbeitgeberseite war der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe (Sitz München) und von Arbeitnehmerseite der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband (Sitz Berlin), der Verband christlicher Schneider und der Gewerkverein der Schneider (H.-D.) beteiligt.

Für die Neuregelung der Stundenlöhne kommen in 214 Städten 4544 Firmen mit 27 886 männlichen und 13 574 weiblichen Beschäftigten in Frage, wovon 85 v. H. der männlichen und 81 v. H. der weiblichen Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sind. Bereits im Monat Februar haben zweimal Verhandlungen unter der gleichen Leitung in Nürnberg und Frankfurt a. M. stattgefunden, die jedoch ergebnislos verliefen. So war eine leise Hoffnung auf das Gelingen des zum dritten Male unternommenen Versuchs vorhanden, in der sich aber alle Beteiligten getäuscht sahen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes war infolge der Stimmung eines Teiles seiner Mitglieder nur zu einem Zugeständnis von höchstens 5 v. H. Lohnzulage zu bewegen, das obendrein noch an bestimmte Bedingungen geknüpft war. Der von den Unparteiischen gefällte Schiedsspruch trug nur der Arbeitgeberseite Rechnung, und es mußten daher die Arbeitnehmervertreter eine Empfehlung der Annahme des Schiedsspruches ablehnen. Damit waren die zentralen Verhandlungen wiederum gescheitert, und es müssen nunmehr die Stundenlöhne örtlich vereinbart werden.

Seit dem Monat Januar 1920 haben nun sechsmal Verhandlungen unter Leitung des unparteiischen Kollegiums stattgefunden, von denen nur eine, im Oktober 1920, zu einem Abschluß gebracht werden konnte. Alle anderen wurden vertagt oder scheiterten, da das unparteiische Kollegium nicht glaubte über die Zugeständnisse der Arbeitgebervertreter hinausgehen zu können. Der letztmalig gefällte Schiedsspruch wird die Wirkung auslösen, daß arbeitnehmerseitig ernstlich die Frage erwogen werden muß, ob eine fernere Mitwirkung von Unparteiischen noch von praktischer Bedeutung sein kann.

Amtliche Bekanntmachungen für den Saalkreis

Landwirtschaftskammerwahlen.

Gemäß § 45 der Wahlordnung für die Landwirtschaftskammern vom 6. Jan. 1921 (Pr. Ges. Samml. S 54) gebe ich hiermit öffentlich bekannt, daß bei der am 20. 3. 21 stattgefundenen Wahl von 4 Mitgliedern zur Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen insgesamt 1761 gültige Stimmen abgegeben worden sind und zwar für Wahlvorschlag 1 (Weiche) 1597 gültige Stimmen, für Wahlvorschlag 2 (Schneider) 164 gültige Stimmen. Da nach § 42 der Wahlordnung die zu belegenden Kammermitgliederstellen auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen zugefallenen Stimmen zu verteilen sind, sind vom Wahlvorschlag 1 (Weiche) die Kandidaten: 1. Weiche, Gustav, Oekonomierat in Naumburg. 2. Heidenreich, Robert, Gärtnereibesitzer in Wörmlitz. 3. Dubbe, Richard, Oekonomierat in Kaltenmark, 4. Walther, Franz, Gutsbesitzer in Kleinkugel, als Kammermitglieder gewählt.

Halle, den 30. März 1921.

Der Wahlkommissar für die Landwirtschaftskammerwahl.
Dr. Thiele, Landrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0007

Halle
Restaurants, Kaffees, Vergnügungen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr.
Weinstuben, Gr. Ulrichstraße 39.

3 Könige, A. Streicher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7.
Konzert- und Künstlerhaus
Auftreten erster Kräfte. Anfang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar.
Gr. Ulrichstr. 44
Täglich Künstler-Konzert
Telefon 4313. Benno Krüger.

Promenaden-Kaffeehaus am Leipziger Turm. Täglich Konzert
Café Roland Täglich Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater
Schmeerstr. 5 :-: Telefon 2063
Albert Buhlmann.

Kammer-Lichtspiele
Grosse Steinstrasse 24 Fernruf 2752
Stets die neuesten grössten Schlager
Konkurrenzlos. Billigste Eintrittspreise.

Modernes-Theater Neue Promenade 8, früh. Kaiser-Wilhelmshalle
Täglich 7 Uhr **Kabarett-Varieté** Täglich 7 Uhr
Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté
Sonntags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

Beth's Bunte Bühne B. B.B.
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Direktion Rich. Beth Fernruf 1066.
Erstklassiges Kabarett am Platze
1. und 16. Programmwechsel.

Restaurant „Dachrinne"
Mittelstrasse 18. Paulchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kauthaus
Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe
Spezialität: Rosenwäsche
Eigene Anfertigung.

System Konkurrenzlos, Inhaber: Jakob Kiwit.
Herren- Knaben- und Arbeiterbekleidung.
Leipzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S. Markt 11.
En gros. Spezialgeschäft für En detail
Tuche und Schneiderartikel.

A. Boenning, Steinweg 18.
Woll-, Weiss- und Kurzwaren. Trikotagen, Kleiderröcke. Blusen. Kleiderstoffe.

P. Wolff, Telephon 4315, Steinweg 20a.
Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

Gustav Reinsch, Herren-Konfektion,
Halle a. S. Markt 25.

S. Biletzky
Günstiges Angebot in Leinen und Baumwollwaren.
en gros. en detail.

G. Liebermann
Geiststrasse 42.
Herren-Artikel, Handschuhe, Unterzeuge, Lederwaren, Strumpf- und Wollwaren.

Leipzigerstr. 103, 1. Etg.
Gustav Grimm
Steinweg 38.
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren. Trikotagen, Strumpfwaren. Handschuhe. Herrenartik.

Waschmittel-Zentrale
Seife, Kämme, Haarschm. usw. Steinweg 19a.

C. Barthel
Feine Herrenartikel.
Leipzigerstrasse 14.

Bürsten und Seilerwaren
Albert Kunzemann
Leipzigerstr. 25.

Phil. Högl, Hutmacherei, Kl. Ulrichstr. 21.

F. A. Otto, Wäsche- und Leinenhandlung.
Marktplatz 11.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt
Paul Blaue, Schmeerstrasse 22.

Franz Schmidt,
Spezial-Damen-Putz, Geiststrasse 15 (Adler-Apotheke). Telefon 4568

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstrasse 15
Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze
Untere Gr. Steinstrasse 13.

Schuhhaus Roland
Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebrüder Oehlschläger,
Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

Schuhhaus Günther
Grosse Ulrichstrasse 50 — Telephon 5571.

Lebens- u. Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht
Obere Leipzigerstrasse 61-62.
Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H.
Schokolade, Zuckerwaren.
Filialen in allen Stadtteilen.

Heinr. Doller, Leipzigerstrasse 64. Fernruf 1122.
Versandhaus für gute und billige Lebensmittel.

Libelle! Kleinkunst-Bühne
Alte Promenade 11. Tel. 6492
Dir.: Erich Diester.
Jeden 1. und 15. neue Kunstkräfte.

Leonhardt & Schlesinger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter des Int. Möbel-T.-V.
für Halle und Umgegend. Ludwig-Wuchererstr 30.
Fernruf 6256. Möbeltransport — Verpackung — Lagerung.

Schuhmacher-Rohstoff-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Leder und Bedarfsartikel, Salzgrafenstr. 1, am Hallmarkt.

Teichers Möbelgeschäft, Große Steinstraße 82, I.
Fernsprecher 3878. Einzelne Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte äusserst billig.

Alb. Fritsche,
Taubenstrasse 25. Telephon 6839 und 4458.
en gros **Lederhandlung** en detail
Massstepperei.
Ständig grosses Lager aller Ledersorten für Schuhmacher, Sattler. Pantinen- und Pantoffelmacher, technische Leder, Treibriemen. Möbelleder, Täschnerleder etc.

Moritz Kade Nachfolger
Gross-Destillation und Weinhandlung
Charlottenstrasse 11.
Gegründet 1841.

Max Ott Steinweg 26.
Drogen, Farben, Parfümerien.

Gebr. A. & H. Loesch
Gr. Ulrichstrasse 36. Steinweg 30. Fernruf 1913.
Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.

Kaufe bei Alex Michel.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs Dauer-Fahrplan

A der **Volksstimme.** (Musterschutz)

Abfahrt der Züge **Leipzig-Delitzsch-Bitterfeld-Dessau** und zurück.

Leipzig	ab	4 22	5 12	5 51	9 16	10 4	12 08	1 27	1 02	4 5	5 41	6 2	7 12	11 02			
Delitzsch	„	4 48		6 12		11 24	12 54	2 58	2 36	4 53	6 19	6 42	7 42	11 24			
Bitterfeld	an	5 22		6 6	9 53	11 37	1 10	2 08	2 52	5 05	6 45	7 28	7 24	12 28			
„	ab	5 44		6 33		11 50	1 18		3 06	5 10	W		8 02	12 18			
Dessau	an	6 12		7 22		12 32	2 10		4 0	6 21			8 22	1 02			
			nach Berlin		nach Berlin		W	nach Berlin			nach Berl.	nach Berlin					

		W.						W.	W.								
Dessau	ab		von Berl.	5 42	7 55		von Berlin		3 14	4 8	6 28		von Berlin	7 41	10 22		von Berlin
Bitterfeld	an		6 36	8 50		9 04			4 06	5 02	7 22			8 41	11 28		
„	ab		4 12	6 48	9 05	9 34			4 12	5 20	7 42		9 27	9 12	11 12		11 48
Delitzsch	„		4 21	7 06	9 22	9 49			4 32	5 38	7 52			9 12	11 21		
Leipzig	an		5 12	7 49	10 4	11 4			5 16	6 32	8 24		9 42	10 17	12 18		2 28

Bitterfeld-Stumsdorf und zurück.

	W.						W.	W.									
7 38	3 10	7 22	an Bitterfeld ab		5 18	9 57		5 16									
7 46	2 56	7 42	abSandersdorf ab		5 22	10 12		5 33									
7 28	2 30	7 12	ab Zörbig ab		5 55		12 20	6 22									
7 12	2 04	6 42	ab Stumsdorf an		6 06		12 37	6 42									

Oberröblingen-Querfurt und zurück.

5 21	12 36	5 2	an Oberröblingen ab											6 36	3 0	7 42	
4 22	11 38	4 5	ab Querfurt an											7 25	4 19	8 02	
														W.	W.	W.	

W. bedeutet: Verkehrt nur Werktags. Die fett gedruckten Ziffern bedeuten Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen

SONDERANGEBOT in BERUFSKLEIDUNG **J. Meiß am Markt.**
Hosen aus Militär-Drell **45–**
Arbeitshemden gestreift **37 50**

Paul Richter Steinweg 53
Telefon 2079
Kolonialwaren : Spirituosen : Wein
Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick, Leipziger Strasse 38
Kolonialwaren Spirituosen Weine.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander
Kolonialwaren Drogerie
Lessingstr. 26. Telefon 6340.

Otto Thürmer
Kolonialwaren Weine Delikatessen
Telefon 5142 — Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Rink
Delikatessen und Weinstube
Leipzigerstrasse 2 — Telefon 6414.

Paul Schliack Nachf., Geiststr. 13.
Inhaber Otto Stawenow.
Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik.
Spezialität: Ausschnitt feiner Fleischwaren.
Hallesche Rol- und Leberwurst. Telephon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse,
Brandstätter & Langemark.
Hauptgeschäft: Leipzigerstr., Neue Promenade 16
Zweiggeschäft: Delitzscherstr. 3 (Preußenhof).
Fernspr. 497-4001. Beste Bezugsquelle f. Wiederverk.

„Brasella", Zigarettenfabrik.
Berlinerstraße 6. — Telephon 3227.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg,
Tabakfabrikate - Grosshandlung.
Gr. Ulrichstrasse 27. Fernsprecher 4624.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstraße 68.
Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstrasse 32
neb. d. Viktoria-Apotheke
Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken
Tel 5150.

Fr. Hutzelmann Inhaber: Karl Dannenberg
Zigarren- und Tabak-Handlung
Berliner Strasse 3a.

Leipziger Tabakhaus
en gros en detail
Mauerstr. 1 (Ecke Steinweg)
Fernruf 4721
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Spezialität: Rauchtabak.
In der Hauptzentrale Leipzig mit eines der grössten Tabaklager Deutschlands.

Karl Schneider, Gr. Ulrichstr. 25
Ecke Alte Promenade
Zigarren-Spezial-Geschäft
Tel. 2339. Tel. 2339.

G. Hennicke, Zigarren-Börse. Billig : und gut. :
Berlinerstrasse 32, gegenüber der Turnhalle.

Emil Friedrich, Zigarren-Versandhaus
en gros en detail
Friesenstrasse 22. Telefon 2721.

Max Schurig, Zigarren Zigaretten - und Tabake -
Friedrichsplatz 4, Ecke Albrechtstrasse.

Tabakbörse Kurt Hafermalz,
Zigarren, Zigaretten und Tabake. Preiswert und gut. Kohlschütterstrasse 9.

Paul Schmidt, Zigarren- u. Zigaretten-Importhaus
Geiststrasse 22 Telefon 4819. Triftstrasse 5.

Karl Gimpel, Poststraße 6.
Cigarren. Cigaretten.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Robert Schirmer
Leipzigerstraße 72.
Schokolad. u. Zuckerwar.

Carl Brühl
Zigarren, Zigarett., Tabake
Sternstraße 5.

G. Schnabel, Inh. Paul Rost.
Fluss- u. Seefischhandlung. Telephon 2728
Nur Bernburgerstr. 17.

Tabakhaus Albrecht.
Geiststraße 15

Affr. Nürnberger
Obst und Südfrüchte.
Leipzigerstraße 45.

F. W. Grupe
Marktplatz 15.
Zigarr., Postkart., Romane

Moritz Rosewitz, Steinweg 7.
Herren-Artikel
Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Herbert Winkler Nachf. Inhaber: Otto Moricke
Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import
Dessauerstrasse 2, am Rossplatz.

C. Fehling, Billigste Bezugsquelle für Tabak-Fabrikate.
Gr. Steinstrasse 34.

Allgemeines

N. Fuchs Möbelhaus
Gr. Ulrichstrasse 58
I., II., III. Etage.
Fernruf 1215.
Ganze Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung
:: Kredit auch nach auswärts. ::

Th. Pollack, Möbelhaus, Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schirioth
Möbelhaus :-: Kleine Ulrichstrasse 34.

H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling, Möbelhaus,
Fleischerstr 30/31. Telephon 2382. Gegr. 1875.

„Reformbad", Kl. Klausstr. 14,
Licht- u. Wasserbehandlung. med. Bäder, Massage.

Fahrrad Krause,
Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt.
Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Astoria. Telephon 3242.

Adler-Fahrräder
Bärenfänger & Co.,
Gr. Ulrichstraße 12.

Xaver Herz, Geiststrasse 65,
Ecke Neumarktstrasse.
Regenschirme, Spazierstöcke, Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischestr. 2.
Farben, Lacke für den Haushalt. Emaille-Lack für Küchenmöbel. Fussbodenlackfarbe, über Nacht trocknend (Friedens-Qualität).

Herm. Schmidt, Geiststrasse 23.
Leder-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel.

Buchmann & Co., G. m. b. H.
Dessauerstraße 53. Fernruf 1471 u. 4637.
Kohlen — Holz — Baumaterialien.

Haring & Strache, Dessauerstraße 51.
Telephon 6644.
Nutz- u. Grubenhölzer Tischler- u. Glaserholz.

H. Proeppers & Co G.m.b.H. Fernspr. 4540 u. 6060
Magdeburgerstr. 55 Lagerplatz: 1259
Kohlen-Koks-Brennholz

Wilhelm Schubert's Stempelfabrik
Schilder — Gravierungen — Abzeichen
Leipzigerstraße 58 — Fernspr. 4733.

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipzigerstrasse 66. Gegr. 1867. Nur Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiterei. — Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstrasse 45.
Schirme. Stöcke. Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller
I. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus, Gr. Steinstrasse 1—2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7 - 8.

Färberei Galgenberg
Dampfwäscherei. Chemische Reinigung.
Fernruf 6595.
Älteste und grösste Wäscherei am Platze.
Eigene Läden
Ludwig-Wuchererstrasse 7. | Landwehrstr., Ecke Niemeyerstr., Gr. Steinstr. 55, | Geiststrasse 36. | Markt 13. Steinweg 25. Königstr. 25.

Müller's Wasch- und Plättanstalt
Bes. Rich. Diedrich. Fleischerstr. 1, Ecke Geiststr.
Spezialität: Herrenstärkewäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden", Hermann Gericke.
Fleischerstrasse 10/11. Telephon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze.
Krukenbergstrasse 7. Gegenüber den Kliniken.
Telephon 5920 :-: Eigenes Geschirr.

Curt Forberg
Gas- und Wasseranlagen.
Barfüsserstrasse 17 -- Telephon 5390.

K. Rast, elektr. Anlagen. Ankerreparaturen. Beleuchtungskörper.
Geiststrasse 28.

R. Voss, Leipziger Strasse 1.
Verlobungsringe
Eigene Fabrikation

R. A. Otto Hermann, Magdeburgerstrasse 9.
Grosshandlung in Manufakturwaren.

Albert Mennicke, Gr. Steinstrasse 62
Uhren- u. Goldwarenhaus
Vorteilhaft. Bezugsquelle all. Uhren- u. Goldwaren.
Eigene Uhren- und Goldschmiedewerkstätten.

G. Vester G. m. b. H.
Bahnspedition u. Möbeltransport. Telefon 7901.

Carl Saatz
Drogen, Parfümerien, Bürstenwaren.
Rannischestrasse 6.

J. Braunsdorf
Herrenartikel.
Reilstrasse 133
Ecke Ludw.-Wuchererstr.

Walter Kühn
Steinweg 8. Zuckerwaren.

Aug. Laue
Leipzigerstrasse 47.
Wäscheleinen.

E. Richter Nachf.
Seifen und Parfümerien.
Leipzigerstrasse 66.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210405-17/fragment/page=0008